

Politische Berichte

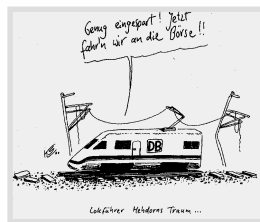
PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

Die Europäische Union, die Türkei und die Kurden – eine Deklaration S. 19



Kommt eine nationalistische Sammlungsbewegung der Rechten?

Seite 3



Bürgerbahn statt Börsenbahn

Seite 12

US-Außenpolitik nach Clinton

Seite 6



ÖTV an Katastrophe vorbeigeschliddert

Seite 16



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider; GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@otelo-online.de

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, E-mail: vollhar@web.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/24009468, Fax: 030/24009469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

UNÜBERBIETBARE DREISTIGKEIT. Im ersten von drei Verfahren hat jetzt ein US-Bundesgericht in New Jersey 46 Klagen ehemaliger Zwangsarbeiter abgewiesen. Die Abweisung begründete das Gericht nach mündlicher Anhörung mit dem statement of interest, mit dem die US-Regierung die Klagen als „nicht im Interesse der USA“ gekennzeichnet hatte. Ende November wird sich ein US-Bundesgericht über die Klagen gegen die Versicherungen, spätestens Ende Januar ein weiteres mit den Klagen gegen die Banken befassen. Doch noch immer nicht hat die deutsche Wirtschaft, die die Abweisung als Erfolg und wichtigen Schritt zu einer „dauerhaften Rechtssicherheit“ feiert, ihren Teil des Vertrages erfüllt: Immer noch fehlen an ihrem Anteil am Entschädigungsfonds 1,7 Mrd. und damit mehr als ein Drittel der aufzubringenden 5 Mrd. DM. Die PDS-Abgeordnete Jelpke rechnete vor, dass diese Summe sofort dadurch aufgebracht werden kann, dass die 16 Gründungsfirmen der Stiftungsinitiative nicht 0,1 Promille, sondern wie in Österreich 0,2 Promille ihres Jahresumsatzes zahlen. Doch statt das Geld endlich aufzubringen, will die Stiftungsinitiative Anwälte mit der Prüfung beschäftigen, ob die Erklärung des Bundestages zur Herstellung der Rechtssicherheit diese hinreichend gewährleiste.

MINIMALE LOHNERHÖHUNG UMSTRITTEN. Der Bundestag hat mit einer Änderung des Strafvollzugsgesetzes die Erhöhung des Lohns für Strafgefangene von 220 auf 650 DM beschlossen. Ein Fortschritt, wenn auch ein absolut unzureichender, doch noch zu viel für CDU/CSU und FDP: Sie stimmten dagegen mit der Begründung, die Erhöhung gefährde die Arbeitsplätze von Strafgefangenen und belaste die Länderhaushalte zu stark. Die PDS enthielt sich. Falls der Bundesrat die Änderung wie zu erwarten ablehnt, kommt sie in den Vermittlungsausschuss.

DEUTSCH-FRANZÖSISCHE FREUNDSCHAFT. Bundeswirtschaftsminister Müller droht Frankreich mit dem Verbot französischer Stromimporte. Die BRD will so die völlige Öffnung des französischen Strommarktes erzwingen. Tatsächlich hat Frankreich die von der EU-Gesetzgebung vorgeschriebene Mindestöffnung von 30% realisiert und will, auf Druck der (staatlichen) Electricité de France, die ihre eigene Expansion bedroht sieht – u.a. hat sie 25% am deutschen Stromkonzern EnBW erworben – noch in diesem Jahr die nächste Öffnungsstufe von 34% umsetzen.

VERSCHLECHTERUNG. Die PDS hat das vom Bundestag verabschiedete Gesetz zur Erwerbsminderungsrente als „Bruch mit dem Solidargedanken“ im Einvernehmen mit Gewerkschaften, sozial- und Behindertenverbänden abgelehnt, da es für Neuzugänge in die Er-

werbsminderungsrente deutliche Verschlechterungen bringt. Betroffene erhalten nicht mehr wie bisher zwei Drittel, sondern nur noch die Hälfte der vollen Rente, jüngere müssen sich zukünftig privat versichern. Dabei hätten z.B. Busfahrer, Dachdecker, Kindergärtnerinnen, Altenpflegerinnen, Hauswarte, Bäcker u.a. bei einer Privatversicherung des Risikos wegen Berufsunfähigkeit Risikozuschläge zwischen 50 und 200% hinzunehmen. Für Schwerbehinderte wird die Altersgrenze für den Eintritt in die Altersrente von 60 auf 63 Jahren angehoben.

KOMMUNALFEINDLICHE REGELUNGEN. Hinter verschlossenen Türen bringt die Bundesregierung Änderungen der Bundeshaushaltsordnung auf den Weg, die zu weiteren finanziellen Belastungen der Städte und Gemeinden führen. Kommunalfreundliche Regelungen zum Erwerb bundeseigener bebauter und unbebauter Grundstücke sollen abgeschafft werden. Nach der geltenden Gesetzeslage können Kommunen bzw. kommunale Gesellschaften Grundstücke verbilligt erwerben und den Kaufpreis zu günstigem Zins stunden lassen. Das soll zukünftig ebenso wenig zugelassen werden wie der Kauf bundeseigener Sportanlagen oder gemeinnütziger Sportvereine unter dem vollen Wert. Außerdem ist Eichel auch gegen die unentgeltliche bzw. ermäßigte Abgabe von Mülleptonen, Abwasser-, Klär-, Wasser- und elektrischen Anlagen sowie in den neuen Bundesländern gelegenen Heizwerken und Abfallbeseitigungsanlagen an die Kommunen. Preisnachlässe für bundeseigene Schulen sowie bestehende Kinder- und Jugendhilfeprojekte werden ersatzlos gestrichen. Das alles in einer Zeit, in der die Kommunen durch die Steuergesetzgebung des Bundes überdurchschnittlich belastet werden. (Nach PE PDS)

FURCHTBARE FORSCHER. Greenpeace ist beim Europäischen Patentamt in München erneut auf ein Patent auf „Mischwesen“ aus Mensch und Tier gestoßen (EP 380646). Das Patent, das der australischen Firma Amrad erteilt wurde, umfasse sowohl Verfahren zur Isolation und Züchtung embryonaler Zellen von Mensch und Tier als auch zur Verwendung dieser Zellen zur Erzeugung so genannter „Chimären-Tiere“. Greenpeace zufolge können mit dem Patent die embryonalen Stammzellen von Menschen, Mäusen, Vögeln, Schafen, Schweinen, Rindern, Ziegen oder Fischen zur Züchtung vom „Chimären-Tieren“ verwendet werden. Daraus würden „Mischwesen“ entstehen, bei denen die unterschiedlichsten Körperteile vom Tier oder vom Menschen stammen könnten. Die im Oktober abgegebene Versicherung des Europäischen Patentamtes, aus ethischen Gründen grundsätzlich keine Patente auf „Mensch-Tier-Mischwesen“ zu erteilen, sei durch den neuen Fall als Lüge enttarnt.

Kommt eine nationalistische Sammlungsbewegung der Rechten?

Der Kulturkampf, den die Unionsparteien anzetteln, dient der Sammlung einer Mehrheit gegen die rot-grüne Regierung unter deutsch-nationalem Vorzeichen. Das geht aus den Parteitagen der CSU in München und der CDU in Stuttgart ziemlich klar hervor. Einen solchen, innen- und außenpolitisch mit hohem Risiko unfriedlicher Entwicklung belasteten Kurs schlagen die Unionsparteien ein, weil sie darin die Möglichkeit sehen, das konservative Publikum im Wandel der Zeit zusammenzufügen. Falls auf diesem Wege eine Wählermehrheit zusammenkommt, wird es traurig. Die Verbalaggression verbindet sich dann mit Regierungsmacht, und die Geister, die man jetzt weckt, wird man dann nicht mehr so leicht los.

Die CSU sieht sich nach wie vor als Verein für deutliche Aussprache. Aber auch sie muss ihr Publikum mit dem Wandel von Zeiten und Werten konfrontieren. So z.B. in Sachen Europa. Die CSU, vertreten durch Stoiber, stellt sich jetzt positiv zur EU-Erweiterung, aber wie? Erstens muss klar sein, dass die Türkei nicht dazugehört: „Europa ist nicht grenzenlos. Europa muss die Frage nach seinen Grenzen beantworten. Denn die geographische Ausdehnung darf die Integrationskraft Europas nicht überfordern. Daher war es ein schwerer Fehler, die Türkei zum Beitrittskandidaten zu machen. Natürlich brauchen wir eine enge Partnerschaft mit der Türkei. Natürlich braucht Europa freundschaftliche Beziehungen zu sei-

nen Anrainerstaaten, auch in Nordafrika. Aber deswegen können wir sie doch nicht alle in die EU aufnehmen!“¹ Zweitens müssen die Ausgleichszahlungen an die südlichen EU-Länder gestrichen werden. Drittens muss damit die Ostexpansion, d.h. die Osterweiterung finanziert werden.

Die Hauptkampflinie verläuft an der Grenze zur islamischen Welt. Der Angriff auf die Ausgleichszahlungen zementiert in der EU Ungleichheit und das Übergewicht der BRD-Wirtschaft. Die Finanzierung der Osterweiterung schafft riesige Anlagesphären in strukturell von vorneherein auf Unterordnung eingerichteten, abhängigen Volkswirtschaften. Über lange Jahrzehnte haben die Unionsparteien doppelbödig argumentiert: für die Wirtschaft die expansiven Konzepte, für ihre konservativ eingestellten Wählermassen Schutz vor den Gefahren und Garantie des Hergebrachten. Jetzt ändert sich die Tonart. Alle müssen sich der Herausforderung stel-



Merz: „Bleibt unsere gemeinsame Grundlage die deutsche Kulturnation, die eben nicht geprägt ist – wie Konrad Adam es vor einigen Tagen zum Ausdruck gebracht hat – von dem ‚Ehrgeiz, um jeden Preis die Nummer eins zu sein,‘ sondern von dem ‚ganz normalen Wunsch, ähnlich wie Engländer und Franzosen, im Blick auf seine Herkunft unverwechselbar zu sein‘“? 10

len, geführt durch die Unionsparteien. So die CSU, so aber auch CDU-Merkel: „Um in diesem Wettbewerb bestehen zu können, müssen wir ... die neuen Kräfte unserer neuen Zeit für die Menschen nutzen ... Nur die CDU, die die Soziale Marktwirtschaft eingeführt hat, ist auch in der Lage, die Soziale Marktwirtschaft zur Neuen Sozialen Marktwirtschaft weiterzuentwickeln“².

Besonders problematisch ist es, Phrasen aus dem Wirtschaftsleben („Im Wettbewerb bestehen“) auf den Gesamtkomplex der gesellschaftlichen Entwicklung zu pflöpfen. Firmen, die im Wettbewerb ausgestochen werden, verschwinden von der Szene. Geht Deutschland unter? Sterben die Deutschen aus? Nicht wenn die Union drankommt. Die wird dann dafür sorgen, dass der Arbeitskräftebedarf in hohem Maße aus eigener Produktion gedeckt werden kann. Damit dies geschehen kann, mutet die Union dem deutschen Stammtisch schon etwas zu. Man stellt sich positiv zu einer Reihe gesellschaftlicher Bedürf-

Dem 65. Parteitag der Christlich-Sozialen Union am 17./18. November 2000 in München vorgelegt.

Appell "Für eine menschliche, soziale und moderne Gesellschaft."

Zwischenüberschriften: Die demografische Entwicklung in Deutschland ist ein schleicher Prozess ... Wir brauchen eine Stärkung der Familien! ... Bildung und Qualifikation – Schlüssel für eine gute Zukunft!...

Ab hier vollständig dokumentiert:

Zuwanderungsbegrenzung und -steuerung!

Deutschland ist ein weltoffenes und ausländerfreundliches Land. Deutschland ist aber kein klassisches Einwanderungsland und darf dies auch künftig nicht werden. Eine gezielte Zuwanderung von Menschen, die mit ihrer Qualifikation und Einsatzbereitschaft zu unserer wirtschaftlichen, kulturellen und

sozialen Leistungsfähigkeit beitragen, kann aber ein weiterer Beitrag zur Bewältigung der demografischen Entwicklung sein. Für uns steht fest:

Die Höhe einer Zuwanderung nach Deutschland ist begrenzt durch die Fähigkeit zur Integration der Zuwandernden. Deshalb lassen sich unsere Probleme nicht allein durch Zuwanderung lösen. Deutschland bräuchte zu einer Stabilisierung des Erwerbspersonenpotentials auf dem Stand von 1996 laut einer UN-Studie jährlich eine Netto-Zuwanderung von 460.000 Personen. Das wären bis 2050 insgesamt 25 Millionen Menschen. Dies würde die Integrationskraft unserer Gesellschaft bei weitem sprengen.

1. Ausländer zu integrieren und dabei die über Jahrhunderte gewachsene Identität unseres Landes zu bewahren, ist für uns eine riesige gesellschaftliche Herausforderung. Erfolgreiche Integration liegt für uns zwischen Assimilation und multikultureller Gesellschaft. Integra-

tion ist keine Einbahnstraße, sondern ein Prozess des Gebens und Nehmens. Integration hängt vor allem auch von der Bereitschaft der Ausländer ab, sich auf die hiesigen Lebensverhältnisse einzulassen, sich selbst einzubringen und bestehende Integrationsangebote anzunehmen. Die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft steht am Ende des Integrationsprozesses.

Das unverbundene Nebeneinander verschiedener Gruppen in Deutschland in einer sogenannten multikulturellen Gesellschaft oder in "Parallelgesellschaften" ist keine Grundlage für eine gute Zukunft. Wir brauchen anerkannte Regeln für das Zusammenleben. Solche Regeln des Zusammenlebens sind in Deutschland Teil einer Leitkultur, die sich inhaltlich, in ihren Wurzeln und ihrer Ausprägung aus der christlich-abendländischen Wertetradition, der Aufklärung und dem Humanismus entwickelt hat.

Dazu gehören unter anderem die Ach-

→ nisse, die vorher restriktiv behandelt worden waren. Es geht um öffentliche Einrichtungen, die die Erziehungsarbeit der Familien entlasten. Wenn dadurch die Bindung der Frau an Haus und Mann geschwächt wird – neue Zeiten erfordern neue Methoden.

„Die Forderungen der CSU reichen von der Förderung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen in den Unternehmen über die gesetzliche Verankerung des Anspruchs auf Teilzeitarbeit für junge Eltern und die Flexibilisierung des Erziehungsurlaubs bis hin zum weiteren Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten: Tagesschulangebote, zeitliche Ausweitung der Mittagsbetreuung, Ausbau der Horte, der Jugendbetreuung und der Tagespflege für Kinder unter 3 Jahre“³. Die, um mit Merkel zu sprechen, neue Familie wird also in hohem Maße auf staatliche Zuschüsse und öffentliche Einrichtungen abgestützt leben.

Auch das deutsche Bildungswesen ist gefordert, seinen Teil zur Ergänzung der deutschen Wirtschaft aus dem eigenen Land beizutragen. Dies geschieht durch Reformen, die es „weiter für die Erfordernisse der Wirtschaft öffnen“. Die CSU ruft auch ein allgemeines Bildungsziel aus. Sie will „... jeden bayerischen Schüler in die Lage versetzen, die Möglichkeiten des Kommunikationszeitalters verantwortungsbewusst zu nutzen.“⁴

Meinte die CSU das ernst, müsste sie weg von der Frühsortierung der Menschen zu Handarbeit und Kopfarbeit und hin zu einem polytechnischen Unterricht. Wahrscheinlicher ist, dass aus diesem Vorhaben eine neue Diskriminierungsschwelle im Bildungssystem entstehen wird.

Das Rezept für die Hochschulen lautet: Verflechtung mit der Wirtschaft. Darüber hinaus will die Union was für die

Weiterbildung tun. Zum Abschluss hat man sich was ganz Apartes ausgedacht. Die Absicht, immer mehr Menschen bis zum Umfallen arbeiten zu lassen, wird als Kompliment formuliert: „Wir setzen auf die Erfahrung der Älteren! Arbeitnehmer über 50 gehören nicht zum ‚alten Eisen‘. Es kann nicht angehen, dass hier zu Lande trotz einer offiziellen Altersgrenze von 65 nur noch ein gutes Drittel (39 %) der 55- bis 64-Jährigen erwerbstätig ist. In anderen Ländern sind es rund zwei Drittel, in der Schweiz sogar über 70 %.“⁵

Erst wenn diese inneren Quellen, die Familie, die den Rohstoff liefert, und das Bildungswesen, das Verfeinerungen vornimmt, erschöpft sind, kommt Zuwanderung in Betracht, und auch diese nur unter Bedingungen. Unter welchen? Es fällt das Stichwort Leitkultur, und es fällt eine andere Ausdeutung an. Die CDU hatte in Auslegung von Leitkultur von einer christlich-abendländischen Kultur gesprochen, die durch Christentum, Judentum, antike Philosophie, Humanismus, römisches Recht und die Aufklärung geprägt worden sei.⁶ Durch die Gitterstäbe des Leit-Begriffs schimmert noch ein bisschen Licht, man könnte sich denken, dass die Leitkultur sich der Auseinandersetzung mit anderen Kulturen verdanke. Und vielleicht hat die Formulierungskommission die anderen nur vergessen? – Solche Hoffnungen können an die Formulierung, die die CSU gewählt hat, nicht geknüpft werden. Die von ihr gemeinte Leitkultur habe sich „... in ihren Wurzeln und ihrer Ausprägung aus der christlich-abendländischen Wertetradition, der Aufklärung und dem Humanismus entwickelt“.⁷ Das ist eine wichtige Verschiebung. Formal, weil von einer Selbstentwicklung der Leitkultur aus „Wurzeln“ die Rede ist, sie ist auch nicht geprägt worden, sondern hat sich

ausgeprägt. Inhaltlich fehlen gegenüber der CDU-Definition die antike Philosophie, das römische Recht und das Judentum.

Statt dessen wird aufgelistet, wie der integrierte Ausländer sein muss (siehe auch Kasten). Stoiber in seiner Rede dazu: „Aber Integration ist auch mehr als das selbstverständliche Bekenntnis zur Verfassung. Es ist die Beherrschung der Sprache. Es ist das Interesse und die Offenheit für die kulturelle Überlieferung der neuen Heimat, und es ist die Bereitschaft zur Anpassung an die dort geltenden zentralen Werte und Regeln.“⁸ Das Stichwort lautet: Bereitschaft zur Anpassung. Man muss sich also nicht nur anpassen, sondern auch noch gerne.

Warum eröffnet die CSU neuerlich die Hetze gegen Asylsuchende? Wichtige Gründe dafür liegen in der Außenpolitik. Das Recht auf Asyl führt, solange es gewahrt wird, dazu, dass auch übermächtige Staaten und Mächte mit den Folgen ihrer Politik konfrontiert werden. Wer eine Weltordnung der Ungleichheit will, muss die misshandelten Menschen an Ort und Stelle festhalten bzw. gezielt verschieben können. Der neuerliche Angriff auf das Recht auf Asyl zeigt an, dass die Strategen der Unions mit verschärfter Ungleichheit und unfriedlichen Entwicklungen rechnen. So sagt auch Friedrich Merz: „Von uns Deutschen wird zu Recht erwartet, dass wir uns europäisch engagieren und bereit sind, dem Frieden in der Welt zu dienen.“⁹ maf

1 65 Parteitag der CSU, 1./18.11 in München, Edmund Stoiber, „Europa-Rede“ 2 Kleiner Parteitag der CDU, 20.11.2000, Stuttgart, Angela Merkel 3 CSU Ptg., „Appell für eine menschliche, soziale und moderne Gesellschaft.“ 4 ebd. 5 ebd. 6 CDU Eckwerte, Punkt V, PB 23/2000 7 „Appell ...“ 8 CSU Ptg., Edmund Stoiber, „Rede des Vorsitzenden“ 9 CDU Ptg., Friedrich Merz, Rede des Bericht des Fraktionsvorsitzenden 10 ebd.

→ tung der Grundwerte unserer Verfassung, wozu besonders die Gleichberechtigung von Mann und Frau zählt, das Entstehen für das Gemeinwohl, für unsere Staatsform und unser demokratisches politisches System, die Achtung des Rechtsstaates, der Verzicht auf übersteigerte national-religiöse Verhaltensweisen, die Eigenverantwortung für sich und die Übernahme von Verantwortung für die Angehörigen, insbesondere durch Eingliederung in Schule, Wirtschaft und Beruf, und schließlich die Beherrschung der deutschen Sprache als unverzichtbare Grundvoraussetzung für Kommunikation

2. Wir fordern verstärkte Anstrengungen zur Integration der bei uns lebenden Ausländer. Wir schlagen vor, Ausländern, die deutsche Sprachkurse besuchen, schneller einen besseren Aufenthaltsrechtlichen Status zu geben. Wir wollen zusammen mit den Trägern der Erwachsenenbildung prüfen, ob Sprachkurse zielgruppenspezifischer

ausgerichtet und zu echten „Integrationskursen“, die auch Kenntnisse über das Grundgesetz, Kultur und Geschichte vermitteln, erweitert werden können. Wir wollen den Nachzug ausländischer Ehegatten von Sprachkenntnissen abhängig machen und das Nachzugsalter von Kindern im Interesse der Integration auf sechs, höchstens zehn Jahre senken. Im Bildungsbereich befürworten wir eine Weiterentwicklung des islamischen Religionsunterrichts und eine Stärkung der interkulturellen Ausbildung von Lehrern.

3. Wollen wir Spielräume für die Zuwanderung von Fachkräften, Unternehmern oder Wissenschaftlern schaffen, müssen wir die Zuwanderung von Menschen aus Nicht-EU-Staaten reduzieren, die unsere Sozialhaushalte belasten und unsere Integrationskapazität überfordern. Mit entscheidend hierfür ist eine Änderung des Asylrechts.

Noch immer kommen jährlich nahezu 100.000 Asylbewerber nach Deutsch-

land. Selbstverständlich ist: Wir wollen nach wie vor Solidarität und humanitäre Hilfe für Menschen in Not üben. Wir wollen weiterhin von Folter und Terror bedrohten Menschen Aufnahme bieten. Aber: 85 Prozent der zu uns kommenden Asylbewerber werden weder als politisch verfolgter anerkannt noch erhalten sie vorübergehenden Abschiebeschutz.

Wir müssen das Grundrecht auf Asyl durch eine institutionelle Garantie ersetzen und die Asylverfahren beschleunigen. Wir brauchen ein einheitliches Asylrecht in Europa und vor allem eine gerechte Lastenverteilung innerhalb der EU. Gesetzliche Regelungen, die den Asylmissbrauch fördern, müssen abgebaut werden.

III.

Wir appellieren an alle, die Verantwortung für die Zukunft Deutschlands tragen, die demografische Entwicklung als Herausforderung ersten Ranges zu begreifen und schnell Antworten auf der Grundlage dieses Appells zu geben!



Winnenden Gegen Rep-Parteitag!

4000 Teilnehmer zählten nach Einschätzung der Veranstalter die Aktionen, Kundgebungen und Demonstration, gegen den Bundesparteitag der Republikaner am 18. November in Winnenden bei Stuttgart. Ein örtliches Bündnis unter Beteiligung der IG Metall und anderer Gewerkschaften, der DGB und die VVN hatten aufgerufen. Parteitagsthemen der Rep waren u.a. ein Antrag zu deutscher Leitkultur und die Vorbereitung der Landtagswahl in Baden-Württemberg im nächsten Jahr.

Auf der Hauptkundgebung kritisierte der DGB-Landesvorsitzende Bliesener den Winnender Oberbürgermeister Fritz, der jede politische Distanzierung von dem Rep-Parteitag vermieden habe. Sogar der Kreistag habe mit 33 gegen 30 Stimmen, darunter auch fünf aus der CDU, zu den Aktionen aufgerufen. Die Rep seien Teil eines rechten Netzwerks und würden im nächsten Landtag von Baden-Württemberg nicht mehr vertreten sein. Die politische Mitte dürfe ihnen nicht die Stichworte liefern und selber nicht Wahlkämpfe mit Themen der Rechten führen. Auf ein entsprechendes Anschreiben des DGB an die Parteien habe die CDU allerdings nur ausweichend geantwortet. Deren Debatte um Leitkultur – egal ob als „deutsche Leitkultur“ oder als „Leitkultur in Deutschland“ – sei der Anspruch auf eine Vormachtstellung und sei Öl ins Feuer, wenn gleichzeitig Menschen wegen „undeutschen Aussehens“ angegriffen würden. Das Grundgesetz kenne keine „Leitkultur“. Das Verbot der NPD bezeichnete Bliesener als dringend notwendig, um die Unterstützung der Partei aus Steuermitteln und durch das

Parteienprivileg zu unterbinden. Aber es müsse auch gegen den alltäglichen Rechtsextremismus vorgegangen werden. Und es müssten auch schwierige und unangenehme Fragen gestellt werden: Warum der Rechtsextremismus z.B. gerade im wohlhabenden „Speckgürtel“ von Stuttgart Zulauf habe, was es mit „Wohlstandschauvinismus“ auf sich habe.

Anschließend rief der evangelische Pfarrer von Winnenden „alle Demokraten in der Stadt“ auf, gegen Rechts das Gemeinsame und nicht das Trennende zu suchen. Den hörbaren Unmut vieler Kundgebungsteilnehmer zog er sich aber mit dem Vergleich zu, so wie sich in den 70er Jahren alle gegen die RAF gewandt hätten, müsse das heute gegen rechts geschehen.

Den stärksten Beifall erhielt Gertrud Müller, KZ-Überlebende und Vertreterin der VVN, für ihre Rede. Sie protestierte dagegen, dass die Rep unter Briefköpfen des Landtags Betriebsleitungen und Betriebsräte anschreiben konnten mit der Aufforderung, dem Entschädigungsfonds für Zwangsarbeiter nicht beizutreten, weil das Arbeitsplätze gefährde. An einem Beispiel zeigte sie, wie Forderungen der Rechten in die Politik einfließen: Vor 30 Jahren habe die NPD die Einrichtung eines Abschiebegefängnisses auf dem Frankfurter Flughafen gefordert. Heute sei es Praxis. Zur Verbotfrage erklärte sie: Die rechten Parteien bräuchten nicht verboten werden, weil sie nach § 139 Grundgesetz allesamt von Anfang an verboten seien und aufgelöst werden müssten. Der Faschismus beginne, wenn Profit über die Rechte der Menschen gestellt würde, wie nützliche Green-Card-Leute gegen unnütze Flüchtlinge. Auch die Entsendung deutscher Soldaten in Auslandseinsätze stellte sie in diesen Zusammenhang. **rok**

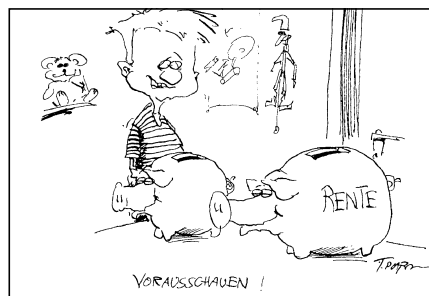
Rentenreform

Basta?

Die Regierung ist bei der Rentenreform in eine bequeme Lage gekommen. Die Unionsparteien, die kaum Druckmittel haben, weil das Gesetzesvorhaben nicht durch den Bundestag muss, haben sich abgewandt und versuchen sich mit anderem Thema (Zuwanderung & Patriotismus) zu positionieren. Die Proteststimmen aus den Gewerkschaften haben den Beigeschmack, dass sie eher der Profilierung von neugewählten Vorsitzenden dienen, zumal aus der IG Metall nicht allzu viel zu hören ist. Die Konjunktur spült mehr Geld in die Rentenkasse, so dass ein akuter Handlungsbedarf zur Kassensanierung nicht besteht.

Also kann der Kanzler Schröder sagen: Basta, über die Grundsätze wird nicht mehr diskutiert, die private Zusatzversorgung kommt. Gleichzeitig können Arbeitsminister Riester und Finanzminister Eichel ankündigen, die Einführung der privaten Zusatzversorgung wird um ein Jahr nach 2002 verschoben. Da bleibt die Zeit, um allerhand Feinabstimmungen noch vorzunehmen. Da wird jene besondere Lage berücksichtigt, gibt's hier noch eine Ausnahme und dort noch eine Extrazulage – äußerst wichtig, um Proteste ruhig zu stellen. Denn die Schwierigkeit bei der Rentenreform liegt darin, dass es zwar leicht ist, sich Modelle auszudenken, die in vielem gerechter wären als das, was jetzt die Regierung aufgetischt hat, dass aber jede Änderung des bestehenden Rechts immer eine mehr oder minder große Zahl von Lebensplanungen über den Haufen wirft. Da ist die jetzt verlängerte Frist bis zum Inkrafttreten der Rentenreform für die Regierung genau richtig, fangen dann doch eine Reihe von Leuten an, sich auf die künftigen Regelungen einzustellen. Jeder, der ein bisschen Geld erübrigen kann, wird sich darauf einstellen, dass er jetzt halt was fürs Alter extra auf die Seite legen muss, und die Versicherungen und Banken werden dafür sorgen, dass er dafür auch die passenden Angebote kriegt.

Für die linke Opposition gibt's aber dennoch was zu tun: Sie hat immer mit Recht darauf hingewiesen, dass es nicht wenige geben wird, die nichts oder zu wenig für die private Vorsorge tun können. Die jetzt verlängerte Diskussionsfrist könnte vielleicht für die stärkere Propagierung einer Mindestrente genutzt werden. **alk**



Auf keinen Fall soll die Bundeswehr befleckt werden

Die FAZ behandelt am 14.11. unter dem Titel „Umfassend erforscht und dokumentiert“ ein deutsches Kriegsverbrechen aus dem Jahr 1943: das Massaker an italienischen Soldaten auf der Ägäisinsel Kefalonia.

Das Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht vermerkt dazu am 23. September 1943: „Auf Kefalonia sind der italienische Befehlshaber und 4.000 Mann, weil sie Widerstand leisteten, gemäß dem Befehl des Führers ... behandelt worden.“ (FAZ) Vorausgegangen war der „Abfall Italiens“ vom 8. September 1943. Die italienische Division „Acqui“, die auf Kefalonia interniert werden sollte, hatte sich den Deutschen nicht sofort ergeben. Hitler gab die Weisung, „keine italienischen Kriegsgefangenen zu machen“. Das III. Bataillon des 98. Regiments der 1. Gebirgsdivision unter Führung von Major Reinhold Klebe war nach Kefalonia verlegt worden und setzte diese Anweisung um. Ca. 3.500 Italiener sollen im Kampf gefallen sein, 4.000 wurden kaltblütig umgebracht, weitere 1.000 sollten beim Abtransport von der Insel ertrunken sein. 40 Deutsche sollen bei dem Angriff auf die italienische Division gefallen sein. Die Exekution des Generals Gandin und seiner Offiziere wurde von Klebe persönlich geleitet. (H. F. Meyer, S. 132). Die FAZ spricht von mindestens 4.768 und höchstens 5.326 Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften, die auf Kefalonia massakriert wurden.

Die 1. Gebirgsdivision war berüchtigt für ihr rücksichtsloses Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung. Vor ihrem Einsatz auf dem Balkan war sie im Kaukasus stationiert. Auf dem Balkan, besonders in Griechenland, haben diese Truppen eine Blutspur hinter sich gelassen. Das III. Bataillon unter Klebe verübte bspw. auch das Massaker in Kommeno.

Was treibt die FAZ, dieses Kriegsverbrechen aufzugreifen? Erster Auslöser ist Paolo Emilio Taviani, in den 50er-Jahren italienischer Verteidigungsminister. Er äußerte sich vor kurzem in der italienischen Wochenzeitung Espresso, dass Italien 1956 keine Ermittlungen gegen die das Massaker zu verantwortenden deutschen Offiziere eingeleitet habe, da die Wiederbewaffnung Deutschlands im Vordergrund gestanden habe. Die FAZ wehrt sich gegen den erhobenen Vorwurf von „Vertuschung“ und „Verheimlichung“ des Wehrmachtverbrechens von Kefalonia. Mit den Nürnberger Nachfolgeprozessen u.a. gegen den Kommandierenden General des XXII. Gebirgs-Armee Korps Hubert Lanz, dem Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehr-

macht sowie den Untersuchungen von Erich Kuby (1982) sowie Gerhard Schreiber (1990) könne davon keine Rede sein. Was die FAZ aber völlig auf die Palme treibt, ist, dass in einer deutschen Zeitung die Behauptung aufgestellt wurde, dass einige der an dem Massaker beteiligten Offiziere später hohe Offiziere der Bundeswehr gewesen seien. Die FAZ erwähnt dabei den ersten Generalstabsoffizier der 1. Gebirgsdivision, Kar Wilhelm Thilo und die oben schon genannten Hubert Lanz und Reinhold Klebe.

Im Falle von Klebe könne von einer Karriere bei der Bundeswehr keine Rede sein. Er wäre bei der Bundeswehr nur bis zum Oberstleutnant aufgestiegen. Kurz Klebes Karriere: Bei Kriegsbeginn Berufsoffizier im Range eines Oberleutnants. Im Frankreichfeldzug verletzt, danach in Mittenwald. Vor der Charkow-Schlacht Mitte Mai 1942 Chef der 4. Kompanie im 98. Regiment. Danach im Kaukasus Kommandeur des III. Bataillons. Später in dieser Funktion in Albanien und Griechenland. Im Winter 1943/44 Regimentsführer der 1. Gebirgsjäger-Division. Kurz vor Kriegsende zur Führerreserve des OKH. Nach kurzer Kriegsgefangenschaft kam er 1946 wieder nach Deutschland. 1946–50 Studium der Tiermedizin in München mit Staatsexamen und Promotion. Bei Gründung der Bundeswehr wird in Mittenwald das 114. Gebirgsjäger-Bataillon unter seiner Führung aufgestellt. Mit 55 Jahren trat er 1969 als Oberstleutnant in den Ruhestand, zog nach Argentinien und war dort für das Bundesgesundheitsministerium tätig. In diesem Jahr begannen die Verhöre über die Teilnahme am Massaker von Kommeno bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts München. Klebe, nach einem Jahr aus Argentinien zurückgekehrt, wurde erst 1972 von der Staatsanwaltschaft befragt und bestritt seine Verantwortung. In der Zeit 1973–75 reiste er öfters nach Taiwan, um die Soldaten Tsching Kai-schecks im Gebirgskampf zu schulen und Vorträge vor der nationalchinesischen Generalität zu halten. 1992 verstarb Klebe im Alter von 79 Jahren. (H.F. Meyer, S. 83ff.)

Mit dem General Hubert Lanz und dem XXII. Gebirgs-Armee Korps, das zur Verteidigung des westgriechischen Raumes aufgestellt wurde und dessen Stab in Ioannina lag, sind die deutschen Wehrmachtverbrechen in Nordgriechenland verbunden. Zuvor war Lanz Führer der 1. Gebirgs-Division im Kaukasus. Lanz wurde im Februar 1948 im sogenannten Süd-Ost-Generale Prozess verurteilt, „vorsätzlich und wissentlich Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben“. Das Urteil lautete auf 12 Jahre Freiheitsstrafe. Nach nur drei Jahren Haft in Landsberg war er schon wieder in Freiheit. Das Urteil rettete ihn vor einer weiteren Verfolgung der Münchener Staatsanwaltschaft. Lanz war dann beim Aufbau der Bundeswehr beratend tätig und veröf-



fentlichte u.a. 1954 das Buch „Gebirgsjäger. Die 1. Gebirgsdivision 1935–1945“.

Einzig, so räumt die FAZ ein, könne von einer Karriere bei Karl Wilhelm Thilo die Rede sein. Dieser war Führungsoffizier Ia im Stabe der 1. Gebirgs-Division gewesen und stieg bei der Bundeswehr zum Generalmajor und Kommandeur der 1. Gebirgs-Division auf. Aber er sei unbefleckt von dem Makel des Massaker auf Kefalonia, so die FAZ. Er wusste zwar davon, war aber zu dem Zeitpunkt nicht auf der Insel und sei daher nicht direkt an der Tat beteiligt. Im Falle Tilos existieren unterschriebene Berichte in den Dokumenten des Nürnberger Gerichts (Fall VII, Bd. 6, S. 1901) wie etwa: „In der Anlage überreicht die Division die Listen der in Sandara erschossenen italienischen Offiziere. ...“ oder „... an 58 italienischen wurde Führerbefehl Nr. 1 durchgeführt. Für das Divisionskommando; der erste Generalstabsoffizier.“

Weshalb reagiert die FAZ so vehement allein auf die Äußerung des früheren italienischen Verteidigungsministers und eine deutsche Zeitungsmeldung über Tatbeteiligung ehemaliger Bundeswehroffiziere an diesem Massaker? Hat es mit immer noch möglichen Schadensersatzforderungen zu tun? Oder will die FAZ auch gar kein braunes Fleckchen auf die Bundeswehr kommen lassen? Es liegt die Vermutung nahe, dass an beiden Überlegungen etwas dran ist. In Straßburg steht in naher Zukunft eine Entscheidung über die Verfolgung und Wiedergutmachung deutscher Wehrmachtverbrechen am Falle Distomo aus. Und gerade eben hat die deutsche Bundesregierung die ständige Bereitschaft deutscher Einsatztruppen für UN- und Nato-Einsätze erklärt. Da soll doch keine Erinnerung an solche Einsatzzkorps wie die Gebirgsjäger wach werden, deren Kommandeure in der demokratischen Bundeswehr fleißig weiterdienten. Dass Kriegsverbrechen weder gesühnt noch die dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen wurden, stört die FAZ zumindest in diesem Falle herzlich wenig. Was soll da die Zukunft bringen? rub

Quellen: FAZ, 14.11.00 „Umfassend erforscht und dokumentiert, Das Massaker auf Kefalonia 1943 wurde weder verheimlicht noch vertuscht“. Symposium „Widerstand und Repressalie im Zweiten Weltkrieg“ Athen 1993. Dazu haben Louika Droulia und Hagen Fleischer 1999 den Band „Von Lidice bis Kalavrita. Widerstand und Besatzungsterror“ im Metropol Verlag Berlin herausgegeben. H. F. Meyer, „Kommeno, Erzählende Rekonstruktion eines Wehrmachtverbrechens in Griechenland, Romiosini Verlag, Köln 1999. Mark Mazowa, „Inside Hitlers Greece. The Experience of Occupation, 1941–1944“, Yale University Press, New Haven and London, 1993



Privatisierungsfälle

E.ON, RWE, EdF, AES – alle wollen CEZ

Am 9.10.2000 startete Premier Zeman den Probetrieb im ersten Reaktorblock des südböhmischen Atomkraftwerks Temelin, mit 100 Milliarden Kronen das teuerste Bauprojekt in der Geschichte Tschechiens.

Die tschechische Regierung setzte sich damit gegen in- und ausländische Proteste hinweg, die Ende September/Anfang Oktober mit mehreren Blockaden an der österreichisch-tschechischen Grenze ihren Höhepunkt erreichten.

Das Kraftwerk, so die Hauptkritik der Temelin-Gegner, entspreche nicht den Sicherheitsnormen. Da hier zum erstenmal ein Reaktor sowjetischer Bauart mit amerikanischer Sicherheitstechnik kombiniert wurde, handele es sich eigentlich um einen Prototyp, für den keinerlei Erfahrungen vorliegen. Die Kölner Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit urteilte in einem Gutachten, das sie im Frühsommer im Auftrag des deutschen Umweltministeriums erstellt hatte: Die Zuverlässigkeit wichtiger Sicherheitsventile ist nicht nachgewiesen; es gibt keine ausreichende Vorsorge gegen den Bruch von Speisewasser- und Dampfleitungen; die Batteriekapazität für die Notstromversorgung im Pannenfall ist unzureichend. Tatsächlich kam es kurz vor dem Anlaufen des Probetriebs zu Problemen mit den Ventilen.

Zu den Protesten riefen auf tschechischer Seite die „Südböhmischen Mütter“ auf. Hauptsächlich aber protestierten österreichische Atomkraftgegner, die immerhin zuhause ein AKW verhindern konnten (Zwentendorf) und bereits 1978 ein erfolgreiches Referendum gegen Atomkraft durchgesetzt haben, gegen das nur 60 km hinter der tschechisch-österreichischen Grenze liegende Kraftwerk. Auch bayerische Demonstranten nahmen an den Grenzblockaden teil. Bundesumweltminister Trittin forderte die Verschiebung des Starts in Temelin, solange kein Umweltverträglichkeitsgutachten vorliege.

Neben dem Sicherheitsaspekt spielt das Argument eine Rolle, Atomstrom aus Temelin sei für die Stromversorgung der Tschechischen Republik gar nicht erforderlich, sondern hauptsächlich für den Export bestimmt. Der europäische Strommarkt sei aber ohnehin gesättigt.

Tatsächlich exportiert die tschechische Stromerzeugergesellschaft CEZ bereits jetzt ca. ein Viertel ihrer Produktion ins Ausland, vor allem nach Deutschland. Hauptimporteur ist das frühere Bayernwerk, das mittlerweile im Zuge der VIAG-VEBA-Fusion mit PreußenElektra zum Konzern E.ON verschmolzen ist. Der Preis: unter 3 Pfennig pro Kilowattstun-

de – was die tschechischen Verbraucher mit steil angestiegenen Strompreisen ausgleichen müssen.

E.ON will aber nicht nur Strom kaufen, sondern sicherte sich bereits, ebenso wie der zweite deutsche Energieriese RWE, unter der Hand das Recht, bei der bevorstehenden Privatisierung der tschechischen Stromwirtschaft einen erheblichen Teil der Aktien aufzukaufen. 16 Milliarden Kronen (knapp 1 Milliarde DM) hat Bayernwerk/E.ON, laut Prager Zeitung, bereits in der Branche investiert. Und die Mittelböhmische Energiegesellschaft STE a.s. gab im Juli bekannt, Hauptaktionär sei neben dem staatlichen Vermögensfonds der Tschechischen Republik (58,2%) die RWE Energie (34,98%). Auch in anderen Regionalversorgern hat sich RWE eingekauft. Kein Zweifel also: Die deutschen Konzerne rivalisieren um die tschechische Stromwirtschaft, die gleichzeitig den Zugang zum russischen, weißrussischen und ukrainischen Strommarkt öffnet.

Überraschend beschloß jedoch kürzlich die Prager Regierung, ihre Anteile an CEZ (67%) und an sechs der acht regionalen Stromverteilungsunternehmen nur als Bündel in eine Hand zu verkaufen. (Lediglich die Prager und die Südböhmischen Energiebetriebe, an denen der Nationale Vermögensfonds (FNM) bereits die Mehrheit verloren hat, sollen einzeln privatisiert werden.) Bewerber: E.ON, RWE, die amerikanische AES und die staatliche französische Electricité de France (EdF). Favorit der Regierung soll, der Tageszeitung „Mlada fronta Dnes“ zufolge, EdF sein.

„Tschechien eröffnet sich mit seinen Überkapazitäten die Chance, auf dem liberalisierten Strommarkt in Europa eine Rolle zu spielen“, stellte die *Süddeutsche Zeitung* fest und zitierte CEZ-Direktor Ivan Batka mit den Worten, seine Gesellschaft wolle Tochtergesellschaften in Deutschland und Polen gründen und als Makler für Strom aus Weißrussland, Russland und der Ukraine auftreten.

Ein Versuch also, mit einem tschechischen Energiekonzern wenigstens ein Stückchen wirtschaftliche Eigenständigkeit gegenüber der deutschen Übermacht zu bewahren? Das könnte man denken, wenn Prag die Privatisierung abblasen und sich selbst die politische Kontrolle über diesen wirtschaftlichen Schlüsselbereich vorbehalten würde. Kein Zweifel, dass das auch der Staatskasse gut täte. Doch die tschechische Regierung sitzt in der Falle. Der Politik des Privatisierens verschrieben, kann sie nur im Ausland Investoren mit ausreichendem Milliardenpolster finden. Sind die Unternehmen erst einmal verkauft, wird Prag nicht mehr bestimmen können, an wen und wohin die Aktien weiter verschertelt werden. Temelin wird die Abhängigkeit noch mehr steigern. Wer könnte schon ernsthaft den Nachbarn sagen, die Sicherheit unseres AKW geht euch nichts an?

G.R., aus: DTN Nr. 23

Eine Betrachtung zu den außenpolitischen Positionen der beiden Präsidentschaftskandidaten in den USA

Was kommt nach Clinton?

Das erste Mal im neuen Jahrhundert wurde in den USA gewählt. Jedoch scheint diese Wahl in einem Fiasko zu enden: Die USA, die sich als die einzige Supermacht in unserer heutigen Welt sehen und mit ihrem Beispiel anderen Staaten und Nationen Demokratie beibringen wollen, sind dabei, der Welt den Charakter ihrer Demokratie vorzuführen. Eine Demokratie, die mit altertümlicher Patina überzogen ist und aus einer Zeit herrührt, in der das Recht des Stärkeren und der Colt regierten. In einem Wahlzirkus ohnegleichen präsentierten sich beide Kandidaten als Vertreter des offenen Anspruches der USA auf die modernste und fortgeschrittenste Nation der Welt. Samuel Berger, Sicherheitsberater Präsident Clintons, formulierte diesen Anspruch vor dem Rat für Auswärtige Angelegenheiten Ende 1999 mit aller Deutlichkeit: „Wir sind das einzige Land auf der Welt, das seine Macht in jeder Region der Erde ausüben kann.“ Beide Präsidentschaftskandidaten, Al Gore und Bush, wetteiferten in diesem Sinne um die Gunst der Wähler und präsentierten sich ihnen als siamesische Zwillinge; ihre politischen Positionen gleichen sich wie ein Ei dem anderen. Wenn sie auch ihre Positionen gegenseitig im Wahlkampf entstellten, sind sie, bes. die außenpolitischen Positionen, nichts anderes als neuer Wein in alten Schläuchen.

Mit unverhohlener Arroganz wurde in den letzten Wochen des Wahlkampfes davon geredet, dass das „nationale Sicherheitsinteresse“ des Landes über alles geht. Das heißt vor allem weiteres Anhäufen von Reichtum, Sicherung des freien Marktes und Prosperität für die amerikanischen Unternehmen. 1995, so stellte Berger in der erwähnten Rede fest, seien über 50% aller Kapitalgewinne und Lizenzgebühren der Welt in die USA geflossen. Wer versucht, daran zu rütteln, wird die geballte Macht des reichsten und mächtigsten Landes der Erde zu spüren bekommen. Die Welt sei, so erklärten beide Kandidaten, bereit, die US-Führerschaft anzuerkennen. Man sehe im Ausland die USA nicht nur als Super-, sondern vielmehr als „Hypermacht“.

Allerdings sind in Einzelfragen auch Unterschiede festzustellen. Während Al Gore als Noch-Vizepräsident und ehemaliger Senator die Clinton-Ära preist und seinen Anteil, z. B. am stetigen An-

wachsen der Ausgaben für das Pentagon, die Unterstützung für den Balkankrieg und weitere „humanitäre Interventionen“ weltweit hervorhebt, kritisiert Bush die Clinton-Politik, sich überall in der Welt engagiert zu haben. Er bezieht sich auf die Intervention der USA in Somalia, Haiti und sogar auf die Stationierung der US-Truppen auf dem Balkan. Er jagte den NATO-Strategen einen gewaltigen Schreck ein, als er erklärte, dass er, sollte er Präsident werden, die US-Boys vom Balkan abziehen werde. Martialisch erklärte er verschiedentlich, die US-Army „solle kämpfen und Kriege gewinnen“. Es ist zu hinterfragen, was damit gemeint ist.

Zunächst ist festzustellen, dass die Bäume der Clinton-Administration nicht in den Himmel gewachsen sind. Somalia und Haiti brachten tatsächlich keine positiven Ergebnisse. Aus Somalia zogen die US-Truppen frustriert ab und hinterließen ein ruiniertes Land. In Haiti sollte der „Demokratie“ zum Durchbruch verholfen werden. Die Ergebnisse sind ernüchternd: Das kleine Land durchlebt immer noch chaotische Zustände. Ähnlich negativ sind die Ergebnisse der Clinton-Doktrin, d.h. der Interventionen aus „humanitären Gründen“, auch anderen Orts ausgefallen.

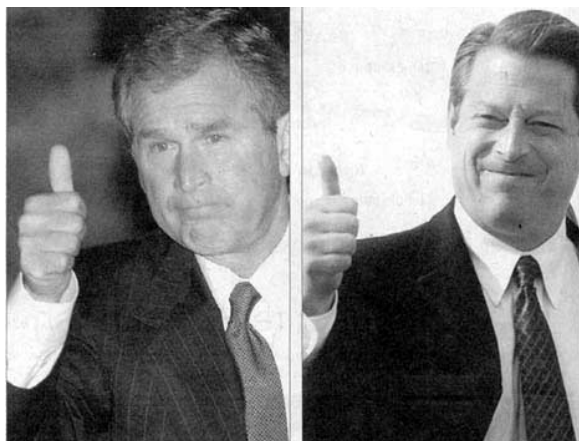
Die eigentliche Katastrophe auf dem Balkan setzte ein, als die NATO unter Führung der USA und ohne Mandat seitens des UN-Sicherheitsrates den Krieg gegen Serbien begann. Michael Mandelbaum, Fellow des Rates für Auswärtige Angelegenheiten, schreibt in „Foreign Affairs“ Oktober 1999, dass vor der Intervention der NATO am 24.3.99 2.500 Menschen in den Kämpfen zwischen der jugoslawischen Armee und der UCK (Kosovarische Befreiungsarmee) umkamen, in den elf Wochen währenden Bombardements aber etwa 10.000 vorwiegend Albaner ermordet wurden, 230.000 ihre Wohnorte verließen und ca. 1,4 Millionen vertreiben wurden. „Die Allianz zog auf eigene Faust mit dem Ziel in den Krieg, die prekäre politische Stabilität der Balkanländer zu sichern. Das Ergebnis war genau das Gegenteil: Der Krieg machte sie alle viel instabiler.“ Mandelbaum setzte hinzu, dass zudem die Beziehungen des Westen zu Russland und China schwer beschädigt und vor allem die UNO und das internationale Recht ausgehebelt wurden.

Trotz massivster Einmischung und umfassender finanzieller und militärischer Unterstützung der USA tobt nach wie vor ein vernichtender Bürgerkrieg in Kolumbien. Das von den USA und Großbritannien gegen den Irak verhängte Embargo bröckelt. Selbst das direkte Engagement Clintons und seine Versuche, die Gewalt im Nahen Osten zwischen Israel und den Palästinensern zu beenden, scheiterten und zeigen die Realitätsferne US-amerikanischer Politik. Ganz zu schweigen von dem Versuch der Clinton-Administration, mit Hilfe des IWF und

der Weltbank Russland zu einem Beispiel funktionierender westlicher Demokratie zu machen. Angesichts des Scheiterns dieser Pläne betrachtet Bush diese Art der Hilfe gegenüber Russland, die für „eine korrupte Elite“ geleistet wurde und zum großen Teil in „den Taschen Tschernomyrdins“ landete, als beendet.

Sollte Al Gore Präsident werden, wird – wie er sagt – die 50-jährige Politik des „Internationalismus“, d.h. einer Außenpolitik, die auf der Basis militärischer Macht und ökonomischer Stärke beruht, aggressiv fortgesetzt werden. Wird Bush Präsident, ist der Ausgangspunkt seiner Außenpolitik die Frage nach dem größtmöglichen Nutzen für die USA. Im Einzelnen heißt das:

1. Beide Noch-Kandidaten sind für



den Ausbau des Nationalen Raketenverteidigungssystems (National Defence System). Gore plädiert für einen „begrenzten“ Ausbau des NMD, wogegen Bush großzügig das gesamte Territorium der USA, das der US-Verbündeten, Nahen und Mittleren Osten und Asien mit einbeziehen will. In beiden Fällen wird das bisher bestehende internationale Vertragswerk, d.h. der ABM-Vertrag, die SALT-Abkommen, in Frage gestellt, wenn nicht gar verworfen. Die abgedroschene Phrase des Schutzes vor evt. Angriffen sog. „Problemstaaten“ (bisher „Schurkenstaaten“) verdeckt die Absicht, sich gegen potenzielle „Feinde“ schützen zu müssen. Dazu zählen sowohl Russland als auch China.

2. Mit keinem der beiden Kandidaten hat die Abrüstungspolitik eine Chance, obwohl Bush sich für eine Reduzierung der Anzahl der US-Nuklearwaffen ausgesprochen hat. Er veranschlagt die Finanzierung und Entwicklung der nächsten Waffengeneration mit einem Budget in Höhe von 30 Mrd. \$ und verbindet damit eine Orientierung der US-Army auf Effektivität, technische und strategische Überlegenheit. Als guter Republikaner folgt er den Zielen seiner Partei. Die USA müssen angesichts der Herausforderungen des XXI. Jahrhunderts über eine starke Militärmacht verfügen.

In einem Bericht des US-Verteidigungsministeriums 1999 heißt es, dass „die USA einsatzbereite, bewegliche

Streitkräfte unterhalten müssen, die imstande sind, eine große Bandbreite an militärischen Aktivitäten und Operationen durchzuführen“. Die strategischen Ambitionen der USA sind als globale Großmacht mit weitreichenden ökonomischen Interessen größer geworden. Das trifft in erster Linie auf die Sicherung der Vormachtstellung im Informationszeitalter zu. Die USA wollen die Informationsströme beherrschen wie seinerseits die Engländer die Meere. Das alles hat eine Erhöhung der Militärausgaben von 274 Mrd.\$ 2000 auf 331 Mrd.\$ 2005 zur Folge.

3. Bush hat in seiner Partei mit isolationistischen Tendenzen zu tun. Republikanische Mitglieder des Kongresses sehen im Atomteststoppabkommen und anderen Verträgen eine Behinderung der amerikanischen Souveränität, lehnen eine Teilhabe der US-Streitkräfte an sog. „nation-building“ ab, vor allem in Afrika, und sind beispielsweise auch gegen eine zu breite Beteiligung an friedensschaffenden Operationen (damit auch der weiteren Einschränkung der Zahlungen der USA an die UNO).

Gore ist ein Befürworter umfassenden Engagements der USA in aller Welt. Lokale Konflikte mit globalen Auswirkungen können die USA nicht indifferent sein lassen. Die USA sind verpflichtet, anderen Ländern und bes. ihren Verbündeten in Europa und Asien zu helfen.

4. Beide Kandidaten sehen im Erhalt und im Ausbau der NATO eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherheit ihrer Verbündeten in Europa. Gore ist für eine Erneuerung des transatlantischen Bündnisses und der Stärkung der Europäischen Union. Bush sieht das auch so, verlangt aber höhere Investitionen der Europäer für Militärausgaben und direkte Teilhabe an militärischen Konflikten. Beide sehen darin den besten Weg, um mit Stärkung und Erhalt der NATO den Einfluss der USA in Europa zu sichern.

Egal, wer nun schließlich Präsident der Vereinigten Staaten wird. Beide wollen die Vormachtstellung der USA. Beide wollen mehr Militär: Beide wollen Vorteile für die großen multinationalen Unternehmen, freien Marktzugang und Dominanz des US-Kapitals. Der Unterschied könnte in einer größeren Zurückhaltung Bush in außenpolitischen Fragen bestehen. Der „zentristische“ Al Gore will „Weltpolizist“ sein. Keinesfalls verdient er dafür, von linken Kräften Europas favorisiert zu werden. Der Frieden wird weder mit dem einen noch mit dem anderen sicherer.

Achim Wahl
AG FIP beim BV der PDS

Aufteilung des Jugoslawien-Goldes

In Sarajewo haben die Zentralbank-Chefs der Nachfolgestaaten Jugoslawiens Gespräche über die Aufteilung der alten, bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel gelagerten jugoslawischen Goldbestände eingeleitet. Es soll sich um 46 t im Wert von 430 Mio. \$ handeln. Eine erste Kontaktaufnahme wurde möglich, weil die gegenwärtige Bundesrepublik Jugoslawien unter der Führung von Vojislav Kostunica nicht mehr auf dem Anspruch beharrt, alleiniger Rechtsvertreter des 1992 auseinander gebrochenen Staates zu sein. Unter Staatspräsident Milosevic war die Aufteilung auch mit vermeintlichen Rechtsansprüchen des früheren serbischen Königshauses auf 21 t Gold verhindert worden. Mladjan Dinkic, Interimschef der Belgrader Zentralbank, zweifelt allerdings daran, dass in Basel jemals Gold mit königlicher serbischer Prägung eingetroffen sei; dieses werde möglicherweise aber an anderem Ort gelagert. – Laut einem durch den IWF erarbeiteten Schlüssel sollen die Basler Reserven zu 36,5% an Jugoslawien, zu 28,5% an Kroatien, zu 16,4% an Slowenien, zu 13,2% an Bosnien und zu 5,4% an Mazedonien fallen. Im Anteil von Jugoslawien sind auch die Ansprüche der Teilrepublik Montenegro enthalten, welche die D-Mark schon 1999 als offizielle Währung übernommen hatte, zurzeit eine eigene Zentralbank einrichtet und gleichwohl gegen die Nominierung von Dinkic als jugoslawischen Zentralbankchef opponiert. In zwei Wochen sollen die in gutem Einvernehmen geführten Gespräche in Belgrad fortgesetzt werden. *Quelle NZZ 18.11.*

Ausgesperrt Trepca-Arbeiter von UNMIK auf die Straße gesetzt.

Unter dem Vorwand massiver Umweltverschmutzung hatte Kouchner, der Chef der zivilen UN-Mission im Kosovo (UNMIK), am 15.8. die Zink- und Bleimine Trepca von KFOR-Soldaten besetzen und schließen lassen. Die besetzte Trepca-Mine, die zum drei Kilometer vor Kosovska-Mitrovica liegenden Dorf Zvecan im serbisch dominierten Norden des Kosovo gehört, ist das wirtschaftliche Herzstück der Provinz. Sie ist auch der Hauptgrund für die anhaltenden Bemühungen der „internationalen Gemeinschaft“, aus dem geteilten Mitrovica wieder eine multiethnische Stadt zu machen – was unter den derzeitigen Bedingungen nichts anderes heißt, als die Serben auch aus diesem Teil des Kosovo zu vertreiben.

Weder wurden bis heute Beweise für die angeblich von der Bleischmelze ausgehende Umweltgefahr vorgelegt noch gibt es andere als politische Gründe für die feindliche Übernahme von Trepca. Sicher ist einzig: Dr. Kouchner hatte im Sommer mit einem Schlag mehr als 2000 Serben ihrer Lebensgrundlage beraubt. Tag für Tag demonstrierten den folgen-

den zwei Monaten die ausgesperrten Trepca-Arbeiter im Morgengrauen vor ihrer besetzten Fabrik, auf deren Gelände UN-Soldaten Wache schoben. Ohne Erfolg. Ihre Beharrlichkeit und Entschlossenheit ließ allmählich nach. Die Direktoren von Trepca traten mit dem UNMIK-Chef in Verhandlung. Im Zuge des „demokratischen Wandels“ in Serbien begannen die Kosovo-Serben Mitte Oktober zu realisieren, dass sie wieder einmal auf sich allein gestellt sind. – Das Trepca-Direktorium akzeptierte schließlich Kouchners Bedingungen, die Proteste wurden eingestellt. Die Hälfte der Beschäftigten hatte keine andere Wahl, als die von UNMIK durchschnittlich angebotenen 140 DM „Verdienstausfall“ für September und Oktober anzunehmen. Die andere Hälfte konnte wieder zurück an ihre Arbeitsplätze – ihr Lohn liegt nun zwischen 200 und 400 DM. *Quelle: Junge Welt*

Fiasko der Regierungspartei in Tschechien bei Regionalwahlen

In Tschechien haben am Sonntag Wahlen in die neu zu bildenden Organe der regionalen Selbstverwaltung sowie für 27 von 81 Sitzen im Senat, der oberen Parlamentskammer, stattgefunden. Das Interesse war bescheiden, und nur rund ein Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung nahm daran teil. In beiden Wahlen mussten die seit zwei Jahren Tschechien in Minderheit regierenden Sozialdemokraten empfindliche Niederlagen einstecken. In den Regionalwahlen vermochten sie in keinem einzigen der am 1. Januar 2001 entstehenden Landkreise die Position der stärksten oder auch nur zweitstärksten Partei zu erringen, und bei der Senatsergänzungswahl sehen sie ebenfalls einem Debakel entgegen. Nur gerade in 5 von 27 Wahlkreisen vermochten sie ihren Kandidaten in die Stichwahl der beiden stimmenstärksten Bewerber vom nächsten Sonntag zu bringen. Damit werden sie in den nächsten zwei Jahren im Oberhaus mit einer deutlich reduzierten Fraktion vertreten sein. Gewinner sind auf den ersten Blick vor allem zwei Formationen rechts der Mitte, die Demokratische Bürgerpartei des früheren Ministerpräsidenten Klaus sowie eine Zentrumskoalition aus Christlichdemokraten, Liberalen und zwei kleineren Parteien. Bei den Senatswahlen schnitt die Zentrumskoalition am besten ab; sie brachte 19 Vertreter in die zweite Runde und vermochte zudem einen Sitz gar direkt zu besetzen. Die Bürgerlichen werden in den Stichwahlen mit 18 Kandidaten präsent sein. Dafür stellen sie in 7 von 13 Landkreisen die stärkste Fraktion, die Zentrumskoalition nur in deren 5. Als eigentliche Überraschung der Wahlen vom Sonntag haben indes die Kommunisten zu gelten. Sie vermochten in der nordböhmischen Region Usti nad Labem den Sieg davonzutragen und stehen zudem in 8 weiteren Landkreisen an zweiter Stelle. Damit beanspruchen sie noch vor den So-

zialdemokraten die Position der attraktivsten Linkspartei. Dies zeigt sich auch in den Ergebnissen der Senatswahlen, wo die Kommunisten mit 8 Vertretern in der zweiten Runde ebenfalls besser dastehen als die Regierungspartei. *Quelle: NZZ*

Der Fall des SS-Offiziers Viel im Dezember vor Gericht

In einem der letzten deutschen Verfahren wegen Nazi-Verbrechen muss sich ein früherer SS-Offizier in Kürze vor Gericht verantworten. Der ehemalige Untersturmführer (Leutnant) Julius Viel ist wegen Ermordung von jüdischen Gefangenen angeklagt. Nach Angaben des Landgerichts Ravensburg soll der Prozess gegen den 82-Jährigen am 4. 12. beginnen. 34 Zeugen sind geladen. Nach zwei Jahren Ermittlungen hatte die Staatsanwaltschaft Stuttgart im Juli Mordanklage erhoben. Die Opfer gehörten zu einer Gruppe von Gefangenen, die in den letzten Kriegstagen 1945 in der Nähe von Leitmeritz im heutigen Tschechien einen Panzergraben ausheben mussten. Viel war einer der Bewacher. Nach Darstellung der Staatsanwaltschaft erschoss er sieben Männer aus Mordlust und niedrigen Beweggründen. *Quelle: dpa*



Mehr als 10.000 Menschen demonstrierten in Athen am 17.11. von der Technischen Universität zur US-Botschaft zum Gedenken an den Beginn des studentischen Aufstandes gegen die griechische Militärdiktatur am 17.11.1973. Das Militär stürmte damals in den frühen Morgenstunden mit Panzern den Campus der Universität. Dabei und bei den darauf folgenden schweren Auseinandersetzungen in der Stadt wurden mehrere Studenten getötet. An diesem Tag begann der Aufstand, der mit dem Fall der Militärjunta am 23.7.1994 endete.

Die Demonstration zog letzten Freitag zur US-Botschaft, um auch daran zu erinnern, dass es die USA war, die das griechische Militär 1967 zu ihrem Putsch ermunterte und die Junta die ganze Zeit unterstützte. Die US-Botschaft war für diesen Tag geschlossen worden und wurde von der Polizei schwer gesichert. Rund 5.000 Einsatzkräfte waren im Einsatz. *Bild: Athens News, 18.11. rub*

Zusammenstellung: hav

Viele Menschen beteiligten sich an den Veranstaltungen zum Gedenken an die Opfer der Pogromnacht vom 9. November 1938. Regensburg erlebte eine der größten Demonstrationen (siehe Bild). 10.000 Menschen setzten ein „Zeichen gegen rechts“. Die Demonstration am 10. November folgte in umgekehrter Richtung dem „Schandmarsch“, bei dem die Regensburger Juden am 10. November 1938 durch die Stadt hinaus bis zum Bahnhof getrieben, in Busse verladen und ins KZ nach Dachau abtransportiert wurden. Auch in Bremerhaven kamen weit mehr Menschen zusammen als erwartet. 30.000 beteiligten sich an einer Menschenkette quer durch die Stadt. Für eine Viertelstunde war am 9. November die Hauptdurchgangsstraße Bremerhavens mitsamt aller Kreuzungen und Nebenstraßen für den Autoverkehr komplett lahmgelegt. In Aachen setzten 3000 Schüler mit einem Sternmarsch ein Zeichen gegen Rechtsradikalismus. Auch in Mannheim hatte die Schülermitverantwortung (SMV) zur Demonstration aufgerufen, die mit 1000 Menschen zu einer der größten dieser Art in den letzten Jahren wurde.



9. Dezember: Demonstration gegen Abschiebungen auf dem Flughafen

FRANKFURT. Das Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main fordert seit längerem – mittlerweile mit vielen Unterstützerinnen –, dass die Flughafen AG (FAG) als Eigentümerin und Betreiberin des Flughafens einen angemessenen Platz für die unten abgedruckte Gedenktafel bereitstellt. Da diese die Anbringung bis jetzt verweigert, soll der Text in allen möglichen Formen – Transparente, Tafeln, Sandwiches, Flugzettel usw. – lautstark während einer Demonstration und Kundgebung am 9. Dezember in den Flughafenhallen aufgehängt und verbreitet werden. Treffpunkt: 12.00 Uhr, Terminal 1, Abflug, Halle A. *fi*

Zum Gedenken an:

Kola Bankole – am 30.08.1994

Aamir Ageeb – am 28.05.1999,

die während ihrer Abschiebung beim Abflug von Frankfurt/Main in Lufthansasamachinen durch Beamte des Bundesgrenzschutzes gewaltsam zu Tode gebracht wurden.

Naimah Hadjahr – am 06.05.2000,

die sich am 238. Tag ihrer Abschiebehäft aus Angst vor der Abschiebung im Internierungslager am Frankfurt Flughafen das Leben nahm.

In Trauer um diese und alle anderen Opfer, in Wut über die deutsche Abschiebepolitik. Eingreifen gegen Abschiebungen, Ausgrenzung und jede Form des Rassismus! Kein Mensch ist illegal.

Öffentliche Aktion „Wann folgt der nächste Todesflug der Lufthansa?“

FRANKFURT. Mit einem Transparent „LH-588 FRA-Khartum – Wann folgt der nächste Todesflug der Lufthansa?“ betrat eine Handvoll AbschiebegegnerInnen am 15. November den Ort der halbjährlich von Lufthansa durchgeführten Pressekonferenz. Nachdem die TransparentträgerInnen vom ruppig auftretenden Si-

cherheitsdienst aus dem Saal gedrängt waren, plazierten sie sich gut sichtbar vor dem Eingang und verteilten ihre eigene Presseerklärung an die JournalistInnen. Darin wird der Lufthansa vorgeworfen, offenbar wieder Abschiebungen von Flüchtlingen auch gegen deren Widerstand zuzulassen, so geschehen am 3. November, als der sudanesischer Flüchtling Yagoop Adam Abdel Shafee genau wieder mit dem Linienflug LH-588 abgeschoben wurde, auf dem 1999 Aamir Ageeb ums Leben kam. Im Juni hatte Vorstandsvorsitzender Jürgen Weber behauptet, er würde mit dem Bundesinnenministerium darüber verhandeln, wie die Lufthansa gänzlich aus den Zwangstransporten aussteigen könne. Als ihn ein Mitglied von „kein mensch ist illegal“ jetzt mehrfach hartnäckig dazu auf der Pressekonferenz befragte, erwiderte er nach spürbarem Zögern, hierzu wolle er sich zur Zeit nicht äußern.

www.deportation-alliance.com

Proteste gegen Abschiebungen von Mehmet Kilic und Hüseyin Calhan

AACHEN/DÜSSELDORF. Trotz breiter außerparlamentarischer Proteste, trotz eines einstimmigen Beschlusses des Rates der Stadt Aachen, trotz einer Entscheidung des Petitionsausschusses des Landtages, eines Aufrufes von Grass, Wallraff und vielen anderen Persönlichkeiten und trotz eines offenen Briefes, den neben den beiden PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke und Ulla Lötzer auch vier Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen unterzeichnet hatten, wurden die beiden Sprecher des Wanderkirchenasyls kurdischer Flüchtlinge, Mehmet Kilic und Hüseyin Calhan, in die Türkei abgeschoben. Die Entschlossenheit, mit der die Landesregierung und die örtlichen Ausländerbehörden diese Abschiebungen durchgesetzt haben, lassen befürchten, dass die rot-grüne Landesregierung

politisch entschieden hat, das gesamte Wanderkirchenasyl trotz ihrer Zusage gründlicher Einzelfallprüfungen zu beenden. Damit sind etwa 200 kurdische Flüchtlinge, die sich in den Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens unter dem Schutz mutiger Kirchengemeinden im Wanderkirchenasyl befinden, unmittelbar von der Abschiebung in die Türkei bedroht. Die PDS NRW unterstützt die Forderung des Aachener Bündnisses gegen rechts nach einem Rücktritt von Innenminister Behrens. Sie will verstärkt in den Bündnissen gegen Rechts für die Menschenrechte von Flüchtlingen und gegen die Abschiebepolitik der rot-grünen Landesregierung eintreten. *lbk*

Abschiebebus der Bielefelder zentralen Ausländerbehörde blockiert

MOERS/BIELEFELD. Die am 14. November um 9.15 Uhr vor der Abschiebeanstalt Moers begonnene Blockade des Abschiebebusses der Bielefelder zentralen Ausländerbehörde konnte vom Bündnis „Zivilcourage gegen Abschiebungen“ drei Stunden lang aufrecht erhalten werden. Ca. 30 DemonstrantInnen hatten sich um und auf dem Bus mit Transparenten und Sprechchören unter dem Motto „Nazis morden, der Staat schiebt ab“ und „kein mensch ist illegal. Bleiberecht überall“ versammelt. Durch mehrsprachige Texte an den Busscheiben wurden die Flüchtlinge über das Ziel der Aktion informiert und reagierten positiv und solidarisch. Als die Blockade um 12.15 Uhr von der Polizei beendet wurde, hätte die Abschiebemaschine der rumänischen Fluggesellschaft TAROM bereits seit einer halben Stunde vom Düsseldorfer Flughafen aus gestartet sein sollen. Hiermit ist ein erstes Ziel des Bündnisses, störend in die allwöchentliche, meist unbemerkte und perfekt funktionierende Abschiebemaschinerie einzugreifen, erreicht worden. Jeden Dienstag fährt der Bielefelder Bus über die Stationen der Abschiebehaftan-

kein
mensch
ist
illegal

stalten Büren, Moers und das Frauenabschiebefängnis Neuss bis zum Düsseldorf Flughafen. Das Bündnis „Zivildourage gegen Abschiebungen“ fordert einen sofortigen Stopp aller Abschiebungen und die umgehende Wiedereinreiselerlaubnis für Mehmet Kilic und Hüseyin Calhan! *Flüchtlingsplenum Aachen*

Yusuf Baydar bekommt Asyl

WÜRZBURG. Yusuf Baydar, der Vorsitzende des Kurdistan-Kulturvereins, kann in Würzburg bleiben. Das örtliche Verwaltungsgericht hat die drohende Abschiebung in die Türkei in letzter Minute abgewendet. Anfang November erhielt der 25-Jährige das so genannte „kleine Asyl“, die Anerkennung über Paragraph 51 des Ausländergesetzes. Yusuf Baydar hatte wiederholt die massive Verletzung der Menschenrechte in der Türkei und die Verfolgung der Kurden kritisiert. Nach den Worten von Baydars Anwalt Manfred Hörner hat das Gericht in der Anhörung das exilpolitische Engagement seines Mandanten anerkannt. Yusuf Baydar zeigte sich mehr als erleichtert über den Richterspruch. Er bekommt nun eine dauerhafte Arbeitserlaubnis. Außerdem wird seine „Residenzpflicht“ aufgehoben. *M., Kurdistan-Rundbrief, Nr. 23*

Freispruch für Totalverweigerer

HAMBURG. Am 3. November wurde der konsequente Kriegsdienstverweigerer Jan Reher vom Amtsgericht Hamburg-Harburg überraschend vom Vorwurf der „Dienstflucht“ (§ 53 ZDG) freigesprochen. Der Student weigert sich, den Zivildienst abzuleisten, da dieser „militärisch genau so verplant ist wie der Dienst bei der Bundeswehr“. Als Zivildienstleistender wäre er im Kriegsfall wie Soldaten unbefristet zivildienstpflichtig und hätte im Feldlazarett oder etwa beim Minenräumen Dienst zu tun. Reher: „Es ist für mich auf keinen Fall ausreichend, nur keine Waffe zu tragen, um an anderer Stelle genau so kriegsrelevant eingesetzt zu werden.“ Um 17 Uhr war nach etwa 4 Stunden Verhandlung die Überraschung komplett: Richter Panzer schloss sich den Argumenten der Verteidigung weitgehend an und sprach den Ange-

klagten unter Hinweis auf Art. 1 (Würde des Menschen) und Art 4 (Gewissensfreiheit) frei. Der Verweigerer habe sich rechtswidrig, aber nicht schuldhaft verhalten. Es liege ein übergesetzlicher Notstand vor. Vor dem Hintergrund des verfassungs-, staats- und völkerrechtswidrigen Angriffskrieges der NATO auf Jugoslawien kommen zwar immer mehr Juristen zu ähnlichen Ergebnissen, in dieser Deutlichkeit hatte damit aber niemand gerechnet. Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Freispruch Berufung eingelegt. *PM Desertöre, 11.11.*

„Menschenrechte statt Panzer“ – Demonstration vor Rüstungsfabrik

WIESBADEN. „Menschenrechte statt Panzer – Keine Waffenexporte in die Türkei! Keine Abschiebungen in den Folterstaat Türkei! Bleiberecht für Familie Akyüz!“ Unter diesen Losungen demonstrierten am 4. November rund 250 Menschen vor der hessischen Waffenschmiede Fritz Werner, die mittlerweile zum MAN-Konzern gehört. „Dass wir heute gegen die geplante Lieferung einer Waffenfabrik keine Tausende auf die Straße gebracht haben, ist für uns keine Enttäuschung. Es ist der richtige Ansatz, Flüchtlingspolitik und Waffenlieferungen zusammenzubringen. Insofern war das heute ein Erfolg“, so Ines Welge vom Wiesbadener Flüchtlingsrat. *Junge Welt 6.11.*

Strategien gegen Rechts

FRANKFURT/ODER. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist auch außerhalb Berlins aktiv. In Frankfurt/Oder führte sie unter dem Motto „Wegsuche in das 21. Jahrhundert: Für Gerechtigkeit, Toleranz und Weltoffenheit“ eine gut besuchte Tagung durch. Es wurde festgestellt, dass Rechtsextremismus kein Konjunkturthema ist und sich das NPD-Verbot nicht auf juristische Schritte reduzieren lässt. Michael Schumann (PDS) ging darauf ein, dass Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit „auf der gesellschaftlichen Basis entsteht“. Petra Pau, stellv. PDS-Vorsitzende, sagte, dass „Bürgerrechte gegen den Rechtsextremismus gestärkt werden müssen“. Die Konferenz verstand sich als Anstoß zur Erarbeitung von Aktionsprogrammen und als Podium gegen die Verharmlosung des Rechtsextremismus als Gefahr für die BRD und Europa. *abe*

Wieder Bersarin

BERLIN. Zum wiederholten Male diskutierte das Berliner Abgeordnetenhaus über die Ehrenbürgerschaft Nikolai Bersarins, erster sowjetischer Stadtkommandant Berlins. Schon im Juli hatte eine Mehrheit, bestehend aus PDS, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, gegen die Stimmen der CDU beschlossen, Bersarin wieder ins Ehrenbuch der Stadt aufzunehmen. Der Regierende Bürgermeister

Berlins, Diepgen, allerdings ignorierte den Beschluss und teilte in einem Brief dem Parlament mit, dass er die Wiederaufnahme in die Ehrenbürgerliste ablehnt. Die Auseinandersetzung um Bersarin geht weiter. *abe*

Schluss mit der politischen Strafverfolgung von DDR-Bürgern

BERLIN. In diesen Ruf stimmten in letzter Zeit auch immer mehr ausländische Politiker ein. Vertreter der russischen Staatsduma haben Präsident Putin aufgerufen, sein „politisches Gewicht und die internationale Autorität Russlands“ dafür einzusetzen, dass die Behörden der BRD die Strafverfolgung beenden. Der französische Parlamentarier Georges Hage, Vizepräsident des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten der französischen Nationalversammlung, protestierte gegen die Verurteilung und fortgesetzte Inhaftierung Egon Krenz. *abe*



REWE-Handelskonzern soll endlich Entschädigungszahlungen leisten !

KÖLN. „Wußten Sie schon, dass der REWE-Handelskonzern sich noch nicht am Fonds zur Entschädigung der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter beteiligt?“ Diese Frage stellten VVN-BdA und PDS Köln in einem Flugblatt, das sie am 9. November vor der REWE-Zentrale verteilten. „0,1 Promille des Jahresumsatzes sollen in den Fonds eingezahlt werden. Die REWE-Gruppe hatte 1999 einen Jahresumsatz von 67,17 Mrd. DM. Das wäre ein Millionenbetrag für den Fonds und ein deutliches Zeichen an die Öffentlichkeit, sich der Verantwortung zu stellen“, heißt es in dem Flugblatt, das die Belegschaft aufruft, Druck auf den Konzern auszuüben. REWE erklärte inzwischen, dass sie eine Zahlung in den Fonds nicht grundsätzlich ablehnen, aber erst, wenn alle Firmen, die Zwangsarbeiter beschäftigt haben, gezahlt haben und dann noch Geld fehlt. Dr. Soenius, Mitglied der IHK-Geschäftsführung, bedauerte diese Haltung gegenüber „20 Minuten“: „Wir haben Rewe gebeten sich zu beteiligen, aber das Unternehmen fährt eine andere Linie.“ *u.b.*



„Bürgerbahn statt Börsenbahn“

MANNHEIM. Die Initiatoren der Erklärung „Bürgerbahn statt Börsenbahn“ gehören drei im Bundestag vertretenen Parteien an. Einer von ihnen (Johannes Hauber, Betriebsratsvorsitzender von ADtranz Mannheim) ist Belegschaftsvertreter des führenden Bahntechnik-Herstellers in Deutschland. Sie sind tief beunruhigt über die katastrophale Situation im Schienenverkehr und bei der Deutschen Bahn AG. Sie sehen als Hauptverantwortliche die Verkehrspolitik in Bund und Ländern und das Top-Management der Deutschen Bahn AG. In einer ausführlichen Erklärung, die unter anderem in der Frankfurter Rundschau vom 14. November 2000 wiedergegeben ist, analysieren sie die tiefe Krise der Bahn und ihre Ursachen. Die Schlussfolgerungen, die sie daraus ziehen, sind verkürzt die folgenden:

- (1) Eine neue Verkehrspolitik muss auf die Grundsätze verpflichtet sein: vermeiden, verkürzen, verlagern. Viel derzeit stattfindender Personen- und Güterverkehr ist überflüssig bzw. bestehende Verkehrs- und Transportwege können mit einer entsprechenden Struktur- und Preispolitik verkürzt werden. So sind die externen Kosten des Verkehrs zu berücksichtigen. Ein dringend erforderlicher neuer Bundesverkehrswegeplan muss umgekehrte Prioritäten als alle bisherigen haben: Ausbau der Schiene – in der Summe kein weiterer Bau von Straßen und Landebahnen. Dies erfordert nicht nur eine vorausschauende Klimaschutzpolitik, sondern eine Vorsorgepolitik zu Gunsten all derjenigen, die heute oder künftig sich kein Auto leisten und die einen Beitrag zum Klimaschutz bringen wollen.
- (2) Die Orientierung der Deutschen Bahn AG an Börse und auf eigenwirtschaftliche Rentabilität ist zumindest unter den gegebenen Bedingungen abzulehnen.

Ähnlich wie in den Sektoren Ausbildung, Gesundheit und Altersvorsorge halten wir den Gedanken einer Grundvorsorge des Gemeinwesens für eine Errungenschaft der bestehenden Gesellschaft. Der Bund muss auf absehbare Zeit 100prozentiger Eigentümer der Deutschen Bahn AG bleiben. Schienenstrecken sind als infrastrukturelle Grundversorgung des Gemeinwesens zu verstehen.

(3) Notwendig ist der flächenhafte Erhalt und Ausbau des Schienennetzes mit seinen Infrastruktureinrichtungen. Wie im Straßenverkehr und wie beim Internet muss im Zentrum der NETZGEDANKE stehen – auch hinsichtlich Geschwindigkeit: Wichtig ist eine insgesamt ausreichend hohe „Netzgeschwindigkeit“, nicht Höchstgeschwindigkeiten von Zentrum zu Zentrum. Dieses Ziel wird in erster Linie durch eine optimale Abstimmung von Nah-, Regional- und Fernverkehr realisiert („integrierter Taktverkehr“).

(4) Auf der Tagesordnung steht eine umfassende Modernisierungsoffensive im Schienenverkehr. Intelligente Technik, die mehr Komfort und weniger Energieverbrauch garantiert, ist weitgehend vorhanden. Die Gesellschaft muss die Bahnindustrie als strategische Industrie für die Verkehrswende und für eine umweltverträgliche Politik begreifen.

(5) Die Tarife und Preise im Verkehrssektor müssen die Politik der Verkehrswege flankieren. Öffentlicher Verkehr muss deutlich preiswerter als der motorisierte Individualverkehr sein. Dabei kommt Angeboten wie BahnCard, Umweltmonatskarten und Job-Tickets eine große Bedeutung zu. Solche Angebote sind in ihrer Funktion auszubauen und als universelle Zugangskarten zu „Komfort-Mobilität“ zu verstehen. Strikt abzulehnen sind die Pläne des Bahnmanagements, die BahnCard erneut zu verteuern und in ihrer Funktion zu reduzieren.

(6) Im Mittelpunkt einer Politik der Verkehrswende steht der Mensch – auf beiden Seiten, als Kunde und als Beschäftigter. Es geht im öffentlichen Verkehr um Fahrgäste und nicht um Beförderungsfälle. Das erfordert eine kundenorientierte und kunden-nahe Geschäftspolitik. Oft ist es billiger und sinnvoller, dass Personal in ausreichender Zahl an Schaltern und auf Bahnhöfen präsent ist, als in Hochgeschwin-

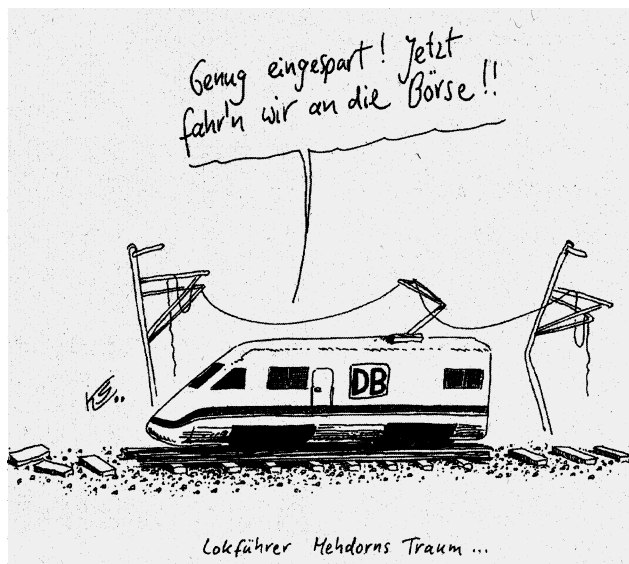
Kommentar

In der letzten Zeit häufen sich in Mannheim Aktivitäten und Veranstaltungen, meist ausgehend von Parteienvertreter, für eine schlicht gesagt bessere Bahnpolitik. Dafür wird es allerdings auch Zeit. Mit Winfried Wolf, dem verkehrspolitischen Sprecher der PDS, mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Lothar Mark, nach eigenen Aussagen ein ausgesprochener Freund der Eisenbahn, und mit dem Betriebsrat des Bahntechnikunternehmens Adtranz ist auch einiger kompetenter Sachverstand in Mannheim zu finden. Lothar Mark stellte auf einer Veranstaltung eine Alternativstrecke für die ICE-Anbindung von Mannheim vor. Am 24. November führen die Grünen eine Fachtagung im Stadthaus durch, wo sich u.a. der Konzernbeauftragte der Bahn für Baden-Württemberg, Peter Schnell, MVV-Chef Hartung, Emmerich von der baden-württembergischen Nahverkehrsgesellschaft und Bahn-Aufsichtsratsmitglied Ali Schmidt von der Grünen-Bundestagsfraktion. So erfreulich diese Aktivitäten auch sein mögen, so vermisst man doch mehr oder weniger eine Bündelung der Aktivitäten und der Wille zur Kooperation. Winfried Wolf, er hat natürlich auch am wenigsten zu verlieren, versucht es wenigstens immer wieder. Aber die Anderen? Die Herausstellung der eigenen Partei ist offensichtlich wichtiger. scr

digkeit zu investieren: Teuer erkaufte Minutengewinne auf der Strecke verliert der Fahrgast oft durch Warten vor Schaltern und Automaten. Vergleichbares gilt für den Güterverkehr und das Verhältnis Bahn zur Wirtschaft.

Der weitere Abbau der Belegschaft der Deutschen Bahn AG ist kontraproduktiv, weil damit elementare Standards für Service und Sicherheit gefährdet werden. Statt dessen ist im Rahmen der Politik der Verkehrswende eine Personalpolitik zu verfolgen, die den bei der Bahn Beschäftigten das erforderliche Selbstwertgefühl zurück gibt und zu einer inhaltlich begründeten Identifikation mit Unternehmen und Unternehmenszielen führt („Corporate Identity“). Diese Zielsetzungen sind nur zu verwirklichen in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis, zu dem sich Freundinnen und Freunde der Bahn in Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen zusammenfinden müssen. Die Unterzeichnenden verlangen eine Bürgerbahn statt einer Börsenbahn und fordern für die hier skizzierten Zielsetzungen zu einem solchen breiten Bündnis auf.

Johannes Hauber, Andreas Kleber, Prof. Heiner Monheim, Prof. Jürgen Rochlitz, Dr. Winfried Wolf MdB



Quittung vom Finanzminister

KIEL. Der Deal des Jahres, der Verkauf von 51 % der Stadtwerke Kiel an den US-amerikanischen Konzern TXU, droht im Nachhinein zum Flop zu werden. Einstimmig hatte die Ratsversammlung am 13.7. den Verkauf beschlossen, man war des Lobes voll über das „gute Verhandlungsergebnis“ und stolz, dass man für das Tafelsilber 450 Mio. DM erschachert hatte. Doch man hatte die Rechnung ohne den Bundesfinanzminister gemacht. Der hatte sein Konzept, dass der Verkauf von Anteilen aus Kapitalgesellschaften ab dem 1. 1.2001 (dem Datum, zu dem TXU die Leitung bei den Stadtwerken übernimmt, der Verkauf also rechtskräftig wird,) steuerfrei gestellt wird, nach heftiger Kritik aus der SPD-Bundestagsfraktion bereits vor dem Verkauf um ein Jahr verschoben. Wenn auch der entsprechende Beschluss im Bundesrat erst am 14.7., also einen Tag nach dem Ratsbeschluss fiel, dass man die 450 Mio. DM Erlös als „vor Steuern“ betrachten müsse, war eigentlich allen im Rat klar. So deutlich gesagt hatte man es indes nicht, um das gegenseitige Schulterklopfen anlässlich des gelungenen Verkaufs nicht zu stören.

Wandel durch Handel:

Öffentliches Gut im „Streubesitz“

MANNHEIM. Als die MVV vor eineinhalb Jahren privatisiert und an die Börse gebracht wurde, war klar, wohin die Reise geht: Die Stadt Mannheim und ihr Gemeinderat verzichten schrittweise auf die Kontrolle über das für Mannheim so wichtige Energie- und Verkehrsversorgungszentrum. Ein Viertel der Aktien wurde in den Handel geworfen, für „Streubesitz“; den Rest behält die Stadt.

Und nun – oh Wunder! – meldet sich bei MVV-Chef Hartung ein viel größerer Energieriese, der auf der Streuobstwiese fleißig gesammelt und von den 25% freien Aktien 15% zusammengesammelt hat, die Essener Ruhrgas AG, die wiederum im Besitz z.B. der VEBA und mehrerer Mineralöl- und Stahlgesellschaften ist. Die Ruhrgas habe sich schon, so erfährt man, bei mehreren ehemaligen Stadtwerken eingekauft. In einer Presseerklärung lässt die Ruhrgas gleichzeitig verlauten, sie plane „keine weitere Erhöhung der Beteiligung“. Sie legt also z.Zt. scheinbar keinen Wert darauf, die MVV Energie AG zu dominieren.

Das lässt die Gemeinderatsmehrheit allerdings nicht ruhen. Wenn der Markt so begeistert „Streubesitz“ der MVV aufnimmt, könnte man doch gleich mal die an die Ruhrgas gegangenen 15% dem

Wegen somit nun zu erwartender Steuerforderungen in vermutlich zweistelliger Millionenhöhe geriet die Verwaltung in hektische Betriebsamkeit, um die Steuerschuld möglichst gering zu halten. Im Gespräch war u.a., die Übernahme der Untemehmensführung durch TXU um ein Jahr auf den 1.1.2002 zu verschieben, erst dann die Aktienmehrheit an den Strom-Multi zu übertragen und so dem Zugriff des Fiskus zu entgehen. TXU erteilte solchem Ansinnen jedoch eine deutliche Absage. Torsten Amelung, Geschäftsführer der TXU Deutschland, machte klar, dass man sich „auf keinen Fall vertragen lassen“ wolle. Rechtlich wäre ein solches Vorgehen ohnehin fraglich, da noch zu klären wäre, ob die Steuerschuld nicht schon mit der Unterzeichnung des Kaufvertrags entstanden ist.

SPD und Grüne machten in Pressemitteilungen deutlich, dass man mit der Steuerpflicht gerechnet habe. Die SPD-Fraktion sieht dennoch keinen Grund, den Verkaufsbeschluss zu kritisieren. Cai-Uwe Lindner, SPD-Fraktionsvorsitzender: „Der Anteilsverkauf stand von Beginn an unter dem Zeichen möglicher Steuerforderungen. In der Abwägung von Chancen und Risiken haben wir uns trotzdem zum Verkauf von Stadtwerke-Anteilen an die TXU entschieden.“ Hans-Werner Tovar, VVK-Aufsichtsratsvorsitzender, ergänzte: „Die SPD-Fraktion hat die sich durch Steuerzahlungen vermin-

Markt aus städtischem Besitz wieder zuführen. Damit könnte die Stadt 200 bis 250 Mio. DM Erlösen. Dann hätte die Stadt nur noch 60%. Der forsche CDU-Otto, ein überzeugter neoliberaler Marktwirtschaftler, meint schon mal, auch weniger als 51% städtische Anteile wären tragbar. Elke Stegmeier von der SPD will hingegen nicht unter die Mehrheitsschwelle gehen.

Das also sind die Entwicklungslinien des „mutigen Schrittes“, die MVV als erste kommunale Versorgungsgesellschaft an die Börse zu bringen und sich zunächst einmal wie ein Tiger in der globalen Wirtschaftswelt aufzuführen.

Der Gemeinderat, der sein Kontrollmandat ohnehin schon auf die paar Aufsichtsratsmitglieder abgegeben hat, verzichtet nun Schritt für Schritt auch auf diese paar Aufsichtsratsmandate. Rückzug der Politik und damit letzter Reste demokratischer Wirtschaftsgestaltung.

Die wirtschaftliche Seite dieser Entwicklung bedeutet zunächst einmal weiteren Verlust an städtischem Sach- und Immobilien-Vermögen. Dafür spült es diese Sorte kommunaler „Wirtschaftspolitik“ der Stadt vorübergehend beträchtliche Summen Bargeld in die Kasse. Damit könnte etwa ein Viertel der städtischen Schulden abgetragen werden (deren Reduzierung in der gegenwärtigen kommunalfinanziellen Schönwetterlage wegen des Sparkassendesasters nicht möglich war) und 10 bis 15 Mio. DM Zinslast verschwinden. Aber auch der Anteil

dernden Einnahmen mit in ihre Überlegungen einbezogen. Trotz dieser Umstände hat die SPD-Ratsfraktion ihre Entscheidung für den Anteilsverkauf aus gesamtwirtschaftlichen Überlegungen zur Sicherung der Zukunft und der Wettbewerbsfähigkeit der Stadtwerke getroffen.“ „Der Beschluss der Ratsversammlung zum Verkauf von Anteilen der Stadtwerke Kiel“, so die Vertreter der SPD-Fraktion resümierend, „war in der Sache und vom Zeitpunkt her ohne Einschränkung richtig.“

Auch die Grünen teilten mit, sie seien über die Steuerpflicht nicht überrascht. Ratsherr Rainer Pasternak erinnerte jedoch daran, dass die Grünen anstelle des Verkaufs „die Stand-alone-Lösung nach wie vor für den besten Weg für die Stadtwerke halten“. Pasternak weiter: „Jetzt rächen sich die Eile und der Übereifer des OB und der anderen Fraktionen.“ Die Grünen hätten im Juli dem Verkauf an TXU zugestimmt, weil das „die am wenigsten schlechte Lösung“ gewesen sei. Noch für die November-Sitzung der Ratsversammlung verlangen die Grünen jetzt einen umfassenden Bericht des OB, wie die Steuerschuld verringert werden könne. Den Vorschlag des OB, dies im Dezember zu tun, lehnen die Grünen ab, denn das wäre mal wieder viel zu spät, um daran etwas zu ändern. jm

Aus: LinX, Sozialistische Zeitung für Kiel, Nov. 2000



Phoenix: Wolfgang Lettl

der Stadt an den Gewinnen der MVV Energie AG schwindet mit dem städtischen Aktienpaket, und somit auch die Quersubvention der Energie AG an die MVG Verkehrsgesellschaft. Die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs in Mannheim wird damit immer fraglicher. Es wird nicht mehr lange dauern, dann besteht ein „Sachzwang“, die MVG zu zerschlagen und an Investoren zu verschern, die dort Nahverkehr anbieten, wo „es sich rechnet“, was nicht unbedingt mit den Bedürfnissen der Mannheimer Bevölkerung übereinstimmen muss.

Unverdrossen geht die Mehrheit des Gemeinderats aus CDU und SPD den Weg in die politische Gestaltungs- und in die politische Gestaltungsohnmacht bei wesentlichen Strukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge und in die Beseitigung kommunalen Vermögens. tht

Antrag des PDS-Gemeinderates gegen Rechtsradikalismus

STUTTGART. „Die Stadtverwaltung und der Gemeinderat initiieren einen „Runden Tisch gegen Rechtsradikalismus“ als ständige Einrichtung. Ziel des Runden Tisches sollte es sein, mit den verschiedenen örtlichen Initiativen und Gruppen gegen rechts, den Gewerkschaften, Unternehmerorganisationen, der VVN/ BdA, den Parteien, den ausländischen Vereinen etc., eine gemeinsame Strategie gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und rechte Gewalt zu entwickeln. Gemeinsam mit den Sicherheitspartnerschaften in den Bezirken werden für die Stuttgarter Stadtteile Analysen über die Situation in Bezug auf rechts-extreme Anschauungen, Strukturen, Treffpunkte und Jugendkulturen erarbeitet. Es wird eine zentrale Anlaufstelle eingerichtet, die mit Sozialarbeitern und Fachleuten für rechtsextreme Ideologien, Strukturen und rechten Jugendkulturen zu besetzen ist. Dieses Beratungsteam wird überall dort eingesetzt, wo es Konflikte mit Rechtsextremismus gibt bzw. wo besonderer Aufklärungsbedarf über Rechtsextremismus besteht, z.B. an Schulen und in Jugendeinrichtungen. Dieses Team unterstützt Menschen, die Opfer rechtsextremer Bedrohung und Gewalt geworden sind.

Die Stadtverwaltung startet eine Initiative „Fluchteingang“. Mit einem Plakat/Aufkleber „Fluchteingang“ können sich Einzelhändler, Lokale, öffentliche Einrichtungen und Verwaltungen, Tankstellen etc. als Fluchtpunkte vor rechter Gewalt bekennen.

Gegen rechte Aufmärsche, die nicht verboten werden können, mobilisieren die Stadtverwaltung und der Gemeinderat gemeinsam mit den gesellschaftlichen Gruppen (Runder Tisch) eine das Stadtbild prägende Gemeinsamkeit der Demokraten.

Die Stadtverwaltung und der Gemeinderat loben einen Wettbewerb aus, der kreative und intelligente Initiativen von Schulen, Schülervertretungen, Schülerzeitungen und Jugendeinrichtungen zum Thema „Antirassismus und Toleranz“ prämiiert.

Die Stadtverwaltung führt am 27. Januar 2001, dem Tag der Erinnerung an die Opfer des Holocausts, eine Großveranstaltung für Demokratie und Toleranz auf dem Schlossplatz durch.“

Antrag der Grünen-Stadträte: MANNHEIM.

1. Politik für Jugendliche

- Erarbeitung und Durchführung eines Programms analog zur Gewaltprävention, mit dem in Schulen das Thema problemorientiert behandelt werden kann.
- Verstärkung der erfolgreichen Arbeit der politischen Bildung der Jugendförderung der Stadt Mannheim.
- Nachdem sich die rechte Szene nun auf das JUZ und seine BesucherInnen stürzt,

muss der Schutz der Jugendlichen, die Veranstaltungen im JUZ besuchen, gewährleistet sein ...

2. Öffentlicher Raum

- Einrichtung einer Telefonnummer, über die diskriminierende, rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche Übergriffe, Vorfälle bzw. Aktivitäten jeder Art berichtet werden können. Die Telefonnummer soll nicht als Notfallnummer dienen, sondern zur Dokumentation und (Opfer-) Beratung. Das Angebot kann auch auf andere Medien (E-Mail, Internet) ausgedehnt werden.

- Verbotsverfügungen für alle öffentlichen rechtsextremen Aufmärschen und Veranstaltungen im Stadtgebiet.

- Gaststättenrechtliche Überprüfung rechtsextremer Treffpunkte.

3. Sport und Gesellschaft

- Einrichtung eines Fan-Projekts beim SVW Mannheim.

- Änderung der Stadionordnung dahingehend, dass diskriminierende, rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche Äußerungen jeder Art verboten und mit Stadionverbot geahndet werden.

- Eingreifen des Stadionsprechers bei fremdenfeindlichen, rassistischen usw. Sprechchören oder Transparenten

- Aktive Unterstützung von Fan-Initiativen, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus wenden.

- Unterstützung von Einrichtungen / Organisationen / Gruppen / Aktivitäten, die gegen Fremdenfeindlichkeit / rechtsextreme Gruppen / rechte Gewalt aktiv werden, durch die Verwaltung der Stadt Mannheim. Außerdem verstärkte Förderung von Aktivitäten / Einrichtungen, die sich die Erinnerung an die Gräueltaten der NS-Zeit zur Aufgabe gemacht haben.“

Forderungen des Runden Tisches: ESSEN.

„Wir fordern konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Selbstverpflichtung der Stadt zur Antidiskriminierung. • Wir lassen es nicht zu, dass in unserer Stadt Flüchtlinge als Betrüger und Kriminelle bezeichnet werden.

- Wir wollen eine stärkere Förderung der Jugendarbeit, eine Konzentration auf Aufklärung und die Vermittlung demokratischer, sozialer Werte an den Schulen, in Jugendfreizeiteinrichtungen usw. statt weiterer „Spar“-maßnahmen in diesem Bereich.

- Wir sind für die Bildung einer kommunalen Härtefallkommission, die besonders schwerwiegende Fälle der Abschiebung von Menschen in Elend und politische Verfolgung verhindert.

- Wir fordern eine regelmäßige Berichterstattung in den politischen Gremien der Stadt, unter Einbindung der Polizei.

- Wir fordern mehr Unterstützung und Hilfe für antirassistische Initiativen, für antifaschistische Organisationen und Bündnisse „von unten“, ohne die eine Veränderung des gesellschaftlichen Klimas nicht erreicht werden kann.“

Zusammenstellung: baf

Die Diskussion zu dem Grundsatzbeschluss pro ver.di war ausführlich, im Ton überwiegend sachlich und ruhig. Um so überraschender war das Ergebnis: Nur 65,46 % stimmten dafür, bezogen auf die Gesamtmandate sogar noch weniger. 80% sind jedoch nach Satzung erforderlich. Nicht mehr machbar bis März, so der Vorsitzende Mai und zog die Konsequenz.

Bei dieser Abstimmung ging es jedoch nicht nur um ver.di. In diesem Ergebnis spiegelt sich die Unzufriedenheit und der Frust vieler Delegierter über Mais Positionen im Rahmen des „Bündnis für Arbeit“ und auch sein Verhalten im Zusammenhang mit der Tarifrunde. So verständlich diese Kritik auch ist, die Vorstellung, dass es nur an der Gewerkschaftsführung, konkret an einer Person – nämlich Mai – liegen würde, ob man Erfolge erzielt, ist ziemlich naiv und wenig emanzipatorisch. Dass sie vor allem von sich links verstehenden GewerkschafterInnen vorgetragen wurde, ist besonders ärgerlich.

Dass es nicht nur um ver.di ging, zeigte sich bei der nächsten Abstimmung. 77,82 % stimmten dafür, im März einen außerordentlichen Gewerkschaftstag einzuberufen, der die Verschmelzung zu ver.di endgültig vollzieht. Dabei war in

Frank Bsirske am 9. 11. 2000 in Leipzig

... So unerwartet diese Situation eingetreten ist, so schnell – im Grunde binnen einer halben Stunde – eine Entscheidung getroffen werden musste, ich glaube, wir alle sind uns einig: Diese Organisation kann und wird sich kein Vakuum an der Spitze leisten. Was jetzt nötig ist, das ist ein klares Zeichen für unsere Handlungsfähigkeit. Ich denke, dieser Kongress wird dieses Zeichen auch geben.

Ihr habt es meinem Lebenslauf entnehmen können und Ihr wisst, ich arbeite als Stadtrat und Dezernent für Personalorganisation bei der Landeshauptstadt Hannover und war vorher in der ÖTV-Bezirksleitung in Niedersachsen. Unmittelbar vor meiner Wahl im Rat habe ich 1997 in einem Pressegespräch gesagt, dass ich stolz darauf sei, Gewerkschafter und Mitglied dieser ÖTV zu sein. Das hat im Rat nach meiner Vorstellung zu der Frage geführt, wie ich das mit meiner Aufgabe als Personaldezernent vereinbaren könne und wolle. Ich habe darauf geantwortet, dass es unser Tagesgeschäft als Gewerkschafterin und Gewerkschafter sei, mitzugestalten und dass zu diesem Tagesgeschäft auch gehört, Verantwortung zu übernehmen. Wenn das anders wäre, wenn die einen nur für das Fordern da wären und die anderen dafür, Verantwortung zu übernehmen, dann – so habe ich gesagt – dürfte kein Gewerkschaftsmitglied im Gemeinderat und keines im Parlament sitzen; dann könne man das Geschäft des Regierens ja gleich denen überlassen, die sich kraft Stammbaumes oder wegen des Umfangs ihres Geldbeutels dazu berufen fühlten. – Nur bin ich sicher, Kolleginnen

An der Katastrophe vorbei geschlittert

den getrennt tagenden bezirklichen Delegationen die Diskussion mit der Frage verknüpft worden, wie man die Aussichten zur Erreichung der 80%-Hürde einschätzt. Denn eine neue deutliche Abfuhr bzw. eine Bekräftigung der Ablehnung von ver.di wollte man nicht riskieren.

Viele atmeten auf bei diesem zweiten Abstimmungsergebnis. Die Diskussionen in den Stunden zuvor, aber auch zu dem Antrag brachten ans Licht, dass die ÖTV vor dem Auseinanderbrechen stand. Manche halten diese Einschätzung für übertrieben. Tatsache ist jedoch, dass in vielen Branchen, die nicht zum unmittelbaren und mittelbaren Öffentlichen Dienst gehören, die Zusammenarbeit mit den anderen Gewerkschaften eine Frage des Überlebens geworden ist. Outsourcing, Lohndumping, verbunden mit dem Erstarken sog. unabhängige Listen und (christlicher) Gewerkschaften

machen erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit extrem schwierig. Viele Vertreter des T- und V-Bereiches (Transport und Verkehr) machten deutlich, dass sie im Falle des Aussteigens der ÖTV zu 4+1-ver.di* wechseln würden. Eine ÖTV jedoch, deren Mitgliedschaft sich aus dem immer kleiner werdenden Rest von (Kern-)öffentlichem Dienst rekrutiert, ist auch für andere Mitgliederbereiche nicht attraktiv. Und so befürchteten nicht wenige, dass es die große ÖTV nicht mehr geben könnte und diese Schwächung nicht zuletzt auch für die Gewerkschaftsbewegung von großem Schaden wäre.

Nach quälenden 1½ Tagen wurde dann Frank Bsirkse aus Niedersachsen gefunden und mit fast 95% der Stimmen gewählt. Natürlich hat auch die Erleichterung, jemanden gefunden zu haben, zu diesem Ergebnis beigetragen. Entscheidend war aber sein Auftreten auf dem

Kongress. Inhaltlich unterscheidet er sich nicht wesentlich von Positionen Mais (siehe auch Auszüge seiner Rede). Jedoch tritt er kämpferischer auf, bringt stärker gesellschaftspolitische Positionen ein, findet den richtigen Ton und scheint ein „Händchen“ im Umgang mit Menschen zu haben. Alle, die ihn von früher her kannten und mit ihm zu tun hatten, sind voll des Lobs gewesen. Dass er Mitglied der Grünen ist, hat (mutmaßlich) nur die Delegierten aus Kernkraftwerken gestört. Was ver.di anbelangt, so ist die Position des neuen Vorsitzenden eindeutig. Er ist dafür, Änderungen kann er sich vorstellen, aber erst nach der Gründung und nur im Konsens. Die Chancen für ver.di sind damit erheblich gestiegen, wenngleich die 80% kein Selbstläufer sind. Der Gewerkschaftstag verabschiedete noch eine Reihe wichtiger Beschlüsse, z.B. zum Thema „Bündnis für Arbeit“ und zu Fragen der Sozialpolitik und Daseinsvorsorge. Darüber werden wir in der nächsten Ausgabe berichten. Der gesamte Komplex Tarifpolitik wurde aus Zeitgründen auf den a.o. Kongress im März verschoben. har

* 4+1 bedeutet, DAG, HBV, IG Medien und DPG gründen ver.di und bieten der ÖTV an, später hinzu zu kommen.

und Kollegen, wenn die Arbeiterbewegung dies zur Maxime ihres Handelns gemacht hätte, dann sähe unsere Gesellschaft heute anders aus und wäre weniger lebenswert.

Tatsächlich ist an vielen Punkten gewerkschaftlicher Gestaltungswille gefordert. Wenn ein Stadtdirektor, wie ich es erlebt habe, in der Region Hannover erklärt, Krankenhäuser seien keine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge, wenn ein Vorstandsvorsitzender eines großen öffentlichen Personennahverkehrsunternehmens im Aufsichtsrat erklärt, seiner Ansicht nach sei auch der ÖPNV, also der öffentliche Personennahverkehr, keine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge, dann fragt man sich: Was soll denn dann eigentlich noch Aufgabe öffentlicher Daseinsvorsorge sein, wenn es die Krankenhäuser und wenn es der öffentliche Personennahverkehr nicht mehr sind? An solchen Äußerungen zeigt sich das Ausmaß, in dem mittlerweile Übereinstimmung in unserer Gesellschaft über das, was Rolle und Aufgabe des öffentlichen Dienstes sein sollen, in Frage gestellt wird. Ich bin davon überzeugt, dass wir einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst, der für alle da ist, brauchen, dass wir als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer elementar darauf angewiesen sind.

Ich bin aber auch sicher, dass Über-einkunft in der Gesellschaft angesichts finanziellen Drucks auf die öffentlichen Haushalte, angesichts zu Recht veränderter Einstellungen bei den Bürgerinnen und Bürgern und angesichts der Erwartungen gegenüber dem, was der öf-

fentliche Dienst leisten soll, nur dann neu begründet werden kann, wenn es uns gelingt, die Leistungsfähigkeit dieses öffentlichen Dienstes nachzuweisen und zu verbessern. Das ... verlangt von uns allen einen Wechsel der Blickrichtung auch von außen nach innen, verlangt Öffnung in die Gesellschaft hinein, verlangt Selbstveränderung und verlangt einen entsprechenden Rahmen dafür ...

Die Diskussion um ver.di hat sich für die ÖTV zu einer großen Belastungsprobe entwickelt. Das müssen wir zusammen mit unseren Kolleginnen und Kollegen in den anderen Organisationen des Vereinigungsprozesses sehr ernst nehmen. Ich habe in den vergangenen Jahren von Beginn dieses Prozesses an die Überwindung der Spaltung in DGB und DAG, die Zusammenführung der fünf Organisationen als eine große, als eine historische Chance angesehen, auch wenn ich – ich will das gar nicht verhehlen – im Verlauf der Diskussionen mit vielen Dingen sehr unzufrieden gewesen bin. Ich habe es als problematisch, sehr problematisch empfunden, zwischenzeitlich zu hören, dass Leitungen auf sieben Jahre von oben eingesetzt werden sollten. Mit meinen Vorstellungen von gewerkschaftlicher Willensbildung ist das nicht ganz in Einklang zu bringen. – Aber das Ergebnis ist so wie es ist ...

Ich denke, die Tatsache, dass der Kongress mit 77 Prozent auf der Grundlage dessen, was bisher verhandelt worden ist, was wir bis jetzt haben, für die Vorbereitung des Kongresses im März 2001 votiert hat, ist auch ein klares Signal. Es wird jetzt darum gehen, mit den anderen da-

für zu sorgen, dass wir sichere Mehrheiten kriegen und im März nicht Lotterien spielen müssen. Ich sage meine Position ganz deutlich: Wir müssen die nächsten Jahre dazu nutzen, ver.di zu werden, als ver.di-Mitglieder zu handeln und uns als ver.di-Delegierte zu verstehen. Wir sehen, dass alle Beteiligten in ver.di vorkommen wollen, und das ist gut so. Ich setze auf dieser Grundlage sehr darauf, dass das bisher Verhandelte Basis der weiteren Gespräche ist, dies aber nicht ausschließt, dass dort, wo sich vor Ort oder auf den Ebenen alle einig sind, auch einvernehmlich andere Regelungen getroffen werden können, zum Beispiel wenn es um Wahlen geht. Was jetzt ansteht, ist, Vertrauen zu investieren ...

Die letzte Zeit stand an vielen Stellen in dieser Organisation sehr im Zeichen der Binnenprobleme, der Binnendiskussionen. Für die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben stehen sehr oft andere Probleme im Vordergrund...

Um nur einige Beispiele zu nennen: Das gilt im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs, wo wir einem massiven Druck auf die Tarifverträge und das Tarifvertragsniveau ausgesetzt sind und wo es darum gehen wird, soziale Standards zu verteidigen und sie nicht zum Freiwild der Regulierer zu machen.

Das gilt auch im Bereich der Stadtwerke und auch, ich sage das ganz deutlich, der privaten Energie und der Kernenergie, wo sich Kolleginnen und Kollegen Gedanken machen, wie ihre Zukunft und ihre Arbeitsplätze aussehen. Ich betone das so ausdrücklich, weil ich weiß, dass sich in den Betrieben der Kernener-

→ gie Kolleginnen und Kollegen Gedanken machen: „Was geht denn da in der ÖTV ab? Jetzt sind sie so verrückt, einen Grünen zum Vorsitzenden machen zu wollen! Wo bleiben wir da mit unseren Interessen?“ Ich sage: Die sind nicht verrückt. Wir sind eine Einheitsgewerkschaft. Wir haben einen gemeinsamen Auftrag. Diesen Auftrag hat dieser und haben andere Gewerkschaftstage formuliert. Es gibt eine klare Beschlusslage dieser Organisation. Diese Beschlusslage ist mittlerweile umgesetzt worden in einen politischen Konsens auf Regierungsebene. Für uns wird es darauf ankommen müssen, dass dieser Konsens Verbindlichkeit hat und von allen Seiten eingehalten wird, weil Verbindlichkeit nicht nur eine Anforderung in eine Richtung ist, sondern eine, die auf Gegenseitigkeit begründet ist...

Wir werden uns im *Gesundheitswesen* Gedanken machen müssen, wie wir unter Bedingungen eines tief greifenden Umbruchs die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen verteidigen können, in einem Windhundrennen von Lobbyisten, wo es darum geht, an vielen Stellen Pfründe zu verteidigen – so erlebt man jedenfalls das, was da abgeht...

Nicht anders stellen sich die Dinge im *Bereich der Speditionen* dar, wo wir erleben, wie die Risiken von den Unternehmen auf die Kolleginnen und Kollegen nach unten verteilt werden und zum Teile schlimme Zustände herrschen, die angegriffen werden müssen, weil hier die Wirkungen des Marktes eingegrenzt und eingeebnet werden müssen.

Unsere Position muss darin bestehen – so kann es aus meiner Sicht auch nur sein –, dass Wettbewerbsregeln braucht. Unsere Aufgabe ist es, einer ungehemmten Deregulierung Reregulierungs-Initiativen entgegenzusetzen, die zum Beispiel darin bestehen, dass wir Sozialstandards fordern. Die müssen wir durchsetzen; das ist unsere gewerkschaftliche Aufgabe.

Wir sind ganz aktuell – ich hatte Gelegenheit, am Sonntag als Gast dieses Gewerkschaftstages den Kanzler zu erleben – mit der Aufgabe konfrontiert, grundlegende, elementare Prinzipien der *gesetzlichen Rentenversicherung* zu verteidigen – die paritätische Finanzierung – und zugleich ins Auge fassen zu müssen und darüber nachdenken zu müssen, wie wir die Einnahmeseite verbreitern können...

Ich bin dafür, dass wir uns aktiv in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einmischen. Wenn wir in unsere Städte gucken, stoßen wir darauf, dass wir in den großen Großstädten schon jetzt *Ausländeranteile* an der Bevölkerung von 15 bis 20 Prozent haben. Alle Prognosen weisen darauf hin, dass dies in 10 bis 15 Jahren 30 bis 40 Prozent sein könnten oder werden. Kolleginnen und Kollegen, wenn wir 30 bis 40 Prozent der Bevölkerung kein Mitspracherecht, kein Wahlrecht einräumen, kann dann in 15, 20 Jahren von demokratischen Verhältnissen in unseren Städten gesprochen werden? Ich meine nicht! Unsere Aufgabe als Kämp-

fer für Demokratie ist, dafür zu sorgen, dass dieser Blickwinkel stärkeres Gewicht in der Öffentlichkeit findet, aus Prinzip und weil das auch unsere Kolleginnen und Kollegen sind.

Ich meine, so wie Herbert Mai für den Hauptvorstand hier die Entschließung vorgestellt hat, wird deutlich ... dass eine unserer herausragenden Aufgaben im Feld der politischen Einmischung auch sein wird, dem *Rechtsextremismus entgegenzutreten*, dem keinen Raum zu geben, den 9.11. als Jahrestag der November-Revolution, des Kristallnacht-Pogroms, des Mauerfalls als eine Verpflichtung für uns zu sehen, aktiv für Demokratie einzutreten ...

Was kann ich angesichts solcher Aufgaben einbringen? Ich kann einbringen, dass ich aktiv alle Ebenen der ÖTV kennengelernt habe und auf allen Ebenen engagiert gewesen bin. Ich kann langjährige Erfahrungen im ehrenamtlichen Bereich einbringen, bei denen ich gesehen habe, wie wichtig es ist, vor Ort präsent zu sein – da spielt die Musik vor allem! – und sich als Gewerkschaft in den politischen Strukturen vor Ort gewerkschaftlich zu bewegen, die Öffentlichkeit zu besetzen, sich in die Öffentlichkeit hinein zu öffnen und dies auch als eine Möglichkeit, als eine Chance aktiver Mitgliederwerbung zu nutzen ...

Ich will nicht verschweigen, dass ich in diesen Jahren stets die Position vertreten habe – ich sage das ganz zugespitzt, damit wir wissen, woran wir miteinander sind –, dass nicht die Mitglieder für die Sekretäre da sind, sondern die Sekretäre für die Mitglieder – eine nicht uninteressante Parallele zum öffentlichen Dienst. (Heiterkeit und Beifall). Ich weiß, dass in dieser Organisation sehr viele auf allen Ebenen der Organisation das so sehen und danach handeln, und das ist gut so.

Ich möchte vor diesem Hintergrund, Kolleginnen und Kollegen, meine Aufgabe so angehen und so verstehen, dass ich für das stehen möchte, was uns verbindet und nicht vor allem für das, was uns trennt. Ich möchte gemeinsam mit Euch daran gehen, Orientierungen zu bieten und Sinn zu finden, weil das die Basis ist, Motivation zu schaffen für gewerkschaftliches Engagement. Ich möchte zuspitzen, weil ich denke, man muss auch zuspitzen, aber nicht polarisieren...

Wir werden uns – lasst mich das abschließend unterstreichen, Kolleginnen und Kollegen – großen Herausforderungen stellen müssen. Das wird uns Kraft zur Selbstveränderung abverlangen. Ich bin sicher, diese Kraft haben wir, und zwar nicht nur die Kraft zur Selbstveränderung, sondern auch die Kraft und das Selbstbewusstsein zur Gestaltung, die Kraft und den Willen, das Gesicht dieser Gesellschaft mit zu prägen und ihr ein solidarisches Antlitz zu geben.

Dafür möchte ich stehen, und ich bitte Euch dafür um Eure Stimmen, damit wir dieses Projekt gemeinsam angehen können. •

Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes

Rahmenbedingungen

Zu den Rahmenbedingungen des BetrVG und seiner Novellierung gehört es auch auf andere Gesetze zu schauen.

Das Beschäftigungsförderungsgesetz erlaubt seit 1985 die Befristung ohne sachlichen Grund für immer längere Dauer. Es ist selbst bis zum Ende dieses Jahres befristet.

Die Bundesregierung sollte es nicht verlängern und durch einfaches Nichtstun das Arbeitsrecht von einem arbeitsrechtlichen „Fremdkörper“ befreien.

Tut sie dies nicht, darf nicht übersehen werden, dass alle Reformbemühungen des BetrVG durch willkürliche Befristungen zunichte gemacht werden können.

Deutlich wird dies durch das Verhalten von Arbeitgebern, eine geringe Stammbesatzung bereit zu halten und lieber Arbeitnehmer mit Zeitverträgen einzustellen. Der Unternehmenszweck ist jedoch auf Dauer angelegt und die Arbeit fällt nicht nur vorübergehend an. Dazu kommt, dass viele Unternehmen Arbeitsverträge befristen, um die Mitbestimmungsrechte nach den §§ 11 ff. BetrVG umgehen zu können und um Sozialplankosten zu vermeiden.

Wenn durch die Novellierung des BetrVG die Mitbestimmungsrechte tatsächlich gestärkt werden sollen, so muss auch ihre Aushöhlung, durch befristete Arbeitsverträge, in Zukunft verhindert werden.

Ein nicht unwichtiger Teil des Managements hat die Betriebsräte als Transmissionsgremium zwischen Geschäftsleitung und Belegschaft etabliert, um die Konzepte der „Lean Produktion“ und der neuen Unternehmenskultur umzusetzen.

Alle am Produktionsprozess Beteiligten, insbesondere die ArbeitnehmerInnen, sollen unternehmerisches Denken verinnerlichen. Eine Verbetrieblichung der Interessenvertretungsarbeit findet statt bei gleichzeitiger Aufwertung von Betriebsräten. Nicht wenige Betriebsräte vertreten offensiv betriebsegoistische Interessen.

Bisher war der Betriebsrat am zentralistischen Entscheidungsmuster im Unternehmen beteiligt, doch gibt es mittlerweile in vielen Betrieben eine Zunahme von immer mehr betrieblichen Entscheidungszentren; betriebliche und unternehmerische Einheiten sind immer zersplitterter organisiert. Gleichzeitig steigt bei Abflachung und Dezentralisierung von Unternehmensstrukturen der Steuerungs- und Koordinationsbedarf der Unternehmensleitungen. Bei Investitionsentscheidungen und anderen strate-

gisch wichtigen Rahmenentscheidungen gibt es eine verstärkte Zentralisierung unternehmerischer Entscheidungsge-
walt außerhalb der Betriebe.

Kapitalverflechtungen und die damit verbundene Kontrolle durch die Akteure auf den Finanzmärkten, wie z.B.: Banken, Versicherungen, Investmentfonds, multinationale Konzerne, FinanzspekulantInnen, führen sogar zu einer Verlagerung unternehmerischer Entscheidungs-
gewalt auf diese Akteure, was die Tenden-
denz zur Zentralisierung noch verstärkt.

Der Einflussverlust der Betriebsräte angesichts dieser sich neu gruppierenden unternehmerischen Entscheidungsge-
walt ist offensichtlich.

Die Erschließung neuer Rationalisie-
rungspotentiale hat die innerbetriebliche Konkurrenz (Cost- und Profit-Cen-
ter, Kundenprinzip an jedem Arbeits-
platz) und Leistungsdichte im Zu-
sammenspiel von Selbstkontrolle der Be-
schäftigten mit Prozesskontrolle durch
ihre Vorgesetzten so gesteigert, dass der
vereinzelte Gewinn an Selbstbestim-
mung sehr fraglich ist.

Viele Betriebsräte beklagen das Durchschlagen des Konkurrenzprinzips auf die Beschäftigten. Ein altes Problem bleibt uns erhalten: Einzelwirtschaftliche Vernunft wird gesamtwirtschaftliche Unvernunft. (Wachstum, Naturzerstörung, Externalisierung, Rüstung und somit Kriegsexport, Arbeitslosigkeit, soziale Spaltung ...)

Je mehr das Arbeitsrecht „verbetrieblicht“ wird, je mehr es sich an die Strategien des Outsourcing, der Betriebs- und Unternehmensspaltung anpasst, desto gesamtwirtschaftlich verantwortungslos wird es.

Es bedarf einer besseren Verzahnung von individualrechtlicher, betrieblicher und tarifvertraglicher Handlungsebenen.

Dazu müssen Individualrechte gestärkt werden, ohne dabei die Kollektivrechte zu schwächen. Die jeweiligen Kollektive (Betriebsräte, Tarifvertragsparteien) müssen wirksamer über die Einhaltung individualvertraglicher Abreden wachen können. Die einkommensabhängigen Beschäftigten müssen sich besser auf die Einhaltung von Kollektivvereinbarungen berufen können.

Deutlicher heißt dies, dass neue Produktionskonzepte, neue Autonomiespielräume eröffnet werden, auch an dem Betriebsrat vorbei.

Die Delegation von Entscheidungsge-
walt auf besondere Gremien ist immer problematisch, weil dies tendenziell zu Passivität, d.h. zur Objektstellung der Betroffenen führt. Doch bleibt der Verdacht, ob nicht der vereinzelte Gewinn an Selbstbestimmung dem innerbetrieblichen Konkurrenzdruck und der Leistungsdichte im Zusammenspiel von Selbstkontrolle der Beschäftigten mit Prozesskontrolle durch ihre Vorgesetzten derart gesteigert wird, dass der vereinzelte Gewinn an Selbstbestimmung dem-

gegenüber nicht mehr ins Gewicht fällt.

Eine Arbeitsrechtspolitik mit dem Ziel, mehr Demokratie in den Betrieben zu verwirklichen, steht vor einem Problem. Werden die Gestaltungsmöglichkeiten der Betriebsräte und Belegschaften gestärkt – was geschehen muss – besteht die Gefahr, der weiteren Verbetrieblung der Auseinandersetzungen zwischen Unternehmensleitungen und Beschäftigten. Dies droht die Gewerkschaften und ihre so wichtige Funktion der Herstellung und Bewahrung branchenbezogener und gesamtpolitischer Solidarität weiter auszuhöhlen.

Doch sind neue Bedrohungen und somit auch neue Schutzinteressen entstanden. Humanisierungshoffnungen sind verfliegen und angesichts von Leistungsverdichtung, wachsender Selbstkontrolle und der Angst, etwa Objekt von Outsourcing-Prozessen zu werden, wird das Durchschlagen des Konkurrenzprinzips auf die Beschäftigten sehr deutlich empfunden.

Mensch muss sich vor Augen halten, dass verbesserte Handlungsmöglichkeiten der Betriebsräte noch nichts an der gesetzlichen Grundkonzeption der Betriebsverfassung, der Verpflichtung der Betriebsräte auf das jeweils einzelne „Unternehmenswohl“ ändern wird. Schließlich hebt die Stärkung der betrieblichen Interessenvertretung die Trennung von der Gewerkschaft – das duale System – nicht auf. Dieses duale System nutzen Unternehmen derzeit, um Tarifsysteme auszuhöhlen. Deshalb muss auch eine bessere Verzahnung, eine ineinander greifende Regulation auf individualrechtlicher, betrieblicher und tarifvertraglicher Ebene angestrebt werden. Das beste Betriebsverfassungsrecht nützt nichts, wenn das Tarifvertragssystem keinen stabilen Rahmen mehr bieten kann und entfesselte Kapital-, Finanz- und Arbeitsmärkte die betrieblichen AkteurInnen unter schier übermächtigen Konkurrenzdruck setzen.

Ich komme zur Ausgangsüberlegung zurück. Der Blick muss auf das Arbeitsrecht gerichtet sein, um materiell wirksam werden zu lassen, was ansonsten philosophisch abgehandelt wird.

Eine Auseinandersetzung um das Kündigungsschutzgesetz ist zusätzlich von Nöten.

Neben dem Umkehrprinzip, dass der Unternehmer nachweisen muss, dass der Beschäftigte für ihn nicht mehr tragbar ist, muss auch der Betriebsrat grundsätzlich Mitbestimmungsrechte bei Befristungen und Unterbrechungen bekommen. Dazu gehört ebenfalls die Geschlechtergleichstellung und der Gesundheitsschutz. Neben dem Arbeitsschutzgesetz von 1996 müssen im BetrVG Defizite beseitigt werden, um betriebliche Kommunikations- und Organisationsformen zu schaffen, die es dem einzelnen Beschäftigten ermöglichen, sich aktiv an der Vermeidung krankmachender Arbeitsfaktoren zu beteiligen. brk

„Beide US-Präsidentschaftskandidaten wollen freien Handel“.

– HB, Montag, 6.11.2000. – Der Wahlausgang wird die amerikanische Politik in den entsprechenden Bereichen nicht verändern, darin sind sich die Spitzen der deutschen Wirtschaftsverbände einig. Nur der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels spricht sich klar für einen Kandidaten aus: „G. Bush bekennt sich eindeutig zum freien Welthandel“.

BDA-Arbeitsmarktexperte fordert Senkung des Arbeitslosenbeitrags.

– C. Kannengießer, Leiter der BDA-Abteilung Arbeitsmarkt, hält es für sachgerecht, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung bereits Anfang 2001 zu senken. Seine Hauptkritik wendet sich an die Bundesregierung. Sie wolle mit Zuschüssen an die Bundesanstalt für Arbeit eine Scheinkonsolidierung des Bundes zu Lasten der Beitragszahler betreiben. Trotz rückläufiger Arbeitslosenzahlen werde die Möglichkeit, den Arbeitslosenbeitrag zu senken, so verspielt. Der Bund verlagere seine Ausgaben für Jugendarbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslose etc. auf die BA, statt die Gelder getrennt im Bundeshaushalt zu etatisieren.

BDA befürchtet Chaos durch Zeitkonten.

– HB, Mittwoch, 15.11.2000. – Mit dem „Vierten Euro-Einführungsgesetz“ drohe den Unternehmen „ein Chaos“, so K. Tacke von der BDA. Die im Entwurf geplanten Regeln zur Abrechnung von Arbeitszeitguthaben wirken dem Ziel einer Flexibilisierung der Arbeitszeit entgegen. Der Wert von Zeitguthaben wird nachträglich mit Sozialbeiträgen belastet, wenn ein Arbeitnehmer, etwa bei Invalidität, die Zeit nicht mehr abbumbeln kann. Für diesen Fall sollen künftig die Unternehmen für alle Beschäftigten theoretische Beitragspflichten im Voraus berechnen. Das dabei vorgesehene Verfahren zwingt die Unternehmen ihre Lohnbuchhaltung völlig neu zu organisieren.

Anspruch auf Teilzeitarbeit.

– HB, Freitag/Samstag, 17./18.11.2000. – Der Bundestag hat das Gesetz angenommen, das allen Beschäftigten einen Anspruch auf Teilzeitarbeit einräumt. Angestellte in Betrieben mit mindestens 16 Mitarbeitern können eine geringere Arbeitszeit vereinbaren, sofern keine betrieblichen Gründe entgegenstehen. Der Hauptausschuss des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) forderte in einer Resolution die Rücknahme des Gesetzes.

Presseauswertung: rst

Zur Diskussion in der PDS über die Ein- wanderungspolitik

schrieb Ulla Jelpke in der
Jungen Welt einen Diskussions-
beitrag:

„Die stellvertretende Parteivor-
sitzende der PDS, Petra Pau, ist
im Schnellverfahren – ohne mit
den Fachleuten und Gremien in
Partei und Fraktion zu diskutie-
ren – mit einem 6-Punkte-Papier
zur Zuwanderungspolitik an die
Öffentlichkeit geprescht. Jetzt
wird unter Berufung auf sie und
andere behauptet, die PDS trete
nicht mehr für »offene Grenzen«
ein. Andere sprechen sogar davon,
dass sich die PDS künftig an Ab-
schiebungen beteiligt und for-
dern Arbeitsplätze vorrangig für
Deutsche. Ich finde es unglaub-
lich, mit welcher Bedenkenlosig-
keit Leute in der PDS anfangen, Ab-
schiebungen zuzustimmen und einer
Zweiklassengesellschaft – hier Deut-
sche, dort Ausländer – das Wort zu reden.
Kommt jetzt der Kotau, die Unterwer-
fung unter den rassistischen Main-
stream? Geben wir jetzt unser Eintreten
für gleiche Rechte auf, sind wir nicht
mehr für »Grenzen auf für Menschen in
Not«?

Es gibt seit einigen Jahren eine De-
batte in der PDS über Einwanderungs-
politik. Dabei haben wir bisher immer
mit gutem Grund ein Einwanderungsge-
setz abgelehnt, weil das immer nur ein
Einwanderungsbegrenzungsgesetz sein
kann. Weil dabei immer auch die repres-
sive Seite mitgedacht werden muss, war
es bisher Konsens in der PDS, sich an sol-
chen Debatten nicht zu beteiligen. Das
bleibt meine Position.

Wir diskutieren über Einwanderungs-
politik unter den Bedingungen einer ka-
pitalistischen Gesellschaft. Diese Bedin-
gungen bestimmt das Kapital. Die ge-
samte Diskussion in allen Parteien – von
CDU/CSU bis zu den Grünen – dreht sich
jetzt um die Nützlichkeit von Arbeitsmi-
gration. Diese ganze Diskussion würde
es nicht geben, wenn die Wirtschaft nicht
anfangen hätte, nach billigen Arbeits-
kräften aus dem Ausland zu rufen.

Mit der These von Petra Pau, dass die
Leute kommen dürfen, dann ein halbes
Jahr Zeit haben, Arbeit zu suchen oder
eine Firma aufzubauen, und wenn sie es
nicht geschafft haben, wieder gehen
müssen, wird genau diese Nützlichkeits-
debatte in der PDS übernommen, ob Pe-
tra das nun will oder nicht. Eine huma-
ne Einwanderungspolitik unter den ge-
gebenen gesellschaftlichen Bedingun-
gen ist aber unmöglich, solange zum Bei-
spiel nicht auch Fluchtursachen be-
kämpft werden, für die die Industri-
staaten massgeblich verantwortlich
sind. Vor allem aber ist eine humane Ein-
wanderungspolitik nicht möglich, solan-



Ulla Jelpke bei einer Aktion von 'Kein Mensch ist illegal' 1998

ge es uns nicht gelingt, diese Gesellschaft
grundsätzlich zu ändern und solidarisch
zu gestalten.

Tatsache ist, dass Deutschland im
Gegensatz zu dem schönen Schein vom
angeblich weltoffenen Land eines der am
schärfsten abgeschotteten Industrielän-
der ist. Mit dieser Abschottungspolitik
wird seit Jahren schon Einwanderung
nach kapitalistischen Maßstäben regu-
liert. Flüchtlinge kommen fast nur noch
herein, wenn sie vom Himmel fallen. An
den Ostgrenzen sterben Menschen beim
Versuch einzuwandern. Chipkarten für
Flüchtlinge, Abschiebehaft, Arbeitsver-
bot, Abschiebung traumatisierter Men-
schen, von kurdischen Flüchtlingen in
die Türkei, keine Anerkennung nicht-
staatlicher Verfolgung und frauenspezi-
fischer Fluchtgründe, Flughafenasyl,
Verbot des Doppelpasses, Blutsrecht –
das sind Dinge, die in dieser rassistischen
Gemeinheit in keinem anderen Indus-
triestaat vorkommen.

Die PDS hat darüber diskutiert,
Niederlassungs- und Einwanderungs-
rechte zu formulieren. Uns geht es dabei
um die Verbesserung der Rechte von
Menschen, nicht um ihre Nützlichkeit
fürs Kapital.

Die Vorschläge, die Petra Pau jetzt an
die Öffentlichkeit gebracht hat, sind un-
ausgegoren, nicht zu Ende gedacht und
für mich nicht akzeptabel. Wieso sollte
die PDS sich der Logik anderer Parteien
anpassen, dass Menschen, die »unseren«
Bedingungen nicht genügen, wieder ab-
geschoben werden? Die Formel: »Wer es
nicht schafft, fliegt raus« ist für mich ein
typisch deutscher, rassistischer Reflex.

Wer über Einwanderung redet, darf
nicht allein über Arbeitsmigration spre-
chen, sondern muss auch über humani-
täre Migration und Armutsflüchtlinge
reden.

Ich finde die Idee des sächsischen
PDS-Landesvorsitzenden Peter Porsch
gut, die PDS solle das Recht auf Freizü-

gigkeit auf ihre Fahne
schreiben. Wer für Frei-
handel, für Reisefreiheit,
für Urlaub und das Recht
auf Ausreise in alle Welt
eintritt, der darf nicht auf
der anderen Seite die Ein-
reise und Einwanderung
weiter begrenzen.“

**Der Vorstand der PDS traf
sich zu einer Klausurta-
gung.** Dem Pressedienst
kann man folgende Infor-
mationen entnehmen:

Die Führung der pro-
grammatischen Debatte:
Aus gegenwärtiger Sicht
hält es der Parteivorstand
für unwahrscheinlich, ein
überarbeitetes Parteipro-
gramm vor den Bundes-
tagswahlen 2002 verab-

schieden zu können. Er hält es aber für
erforderlich, möglichst bald den Ent-
wurf eines solchen Programms vorzule-
gen und dazu eine gründliche Debatte in
der Partei und mit interessierten Men-
schen außerhalb der PDS zu führen.

Die 2. Tagung des 7. Parteitages könn-
te im Oktober/November 2001 stattfin-
den. Die 3. Tagung des 7. Parteitages – das
wird der Wahlparteitag zur Bundestags-
wahl sein – könnten für das Frühjahr
2002 einberufen werden.

Für die Vorbereitung der in Cottbus
beschlossenen Konferenz zum Kampf
gegen Rechtsextremismus wird im Par-
teivorstand die stellvertretende Vorsit-
zende Petra Pau verantwortlich sein,
Dietmar Bartsch wurde die Verantwor-
tung für die in Münster beschlossene
„Föderalismuskonferenz“ übertragen.
Gewerkschaftspolitisches Aktionspro-
gramm: Der Vorstand will ein Programm
vorlegen, mit dem die Arbeit auf diesem
Gebiet neu organisiert und entschieden
wirksamer gestaltet wird.

300 Teilnehmer kamen zum 7. Bundes-
kongress der **Arbeitsgemeinschaft Be-
trieb und Gewerkschaft** nach Kassel. Die
Arbeitsgemeinschaft will jetzt mit einem
Aktionsprogramm in die Öffentlichkeit
gehen.

Das *Neue Deutschland* berichtet darü-
ber, dass Lohar Bisky das „**Verhältnis zur
CDU entspannen**“ will: „Der ehemalige
PDS-Bundesvorsitzende betonte, seine
Partei jedenfalls habe ihre ‚Feindbilder‘
abgelegt und sehe den Entwicklungen
auf Seiten der Christdemokraten ‚gela-
sen‘ entgegen. In Ostdeutschland seien
die Beziehungen sowieso bereits ‚viel
entkrampfter‘ als im Westen der Repu-
blik.“

Ob diese Strategie Druck auf Rot-
Grün ausüben kann, muss man doch be-
zweifeln.

Zusammenstellung: jöd

„Die Europäische Union, die Türkei und die Kurden“

Presseerklärung, 9. November 2000

Europa hat sich Ankara angenähert. Es gelten die Kriterien von Ankara nicht die von Kopenhagen

Mit dem gestern vorgelegten EU-Dokument zur türkischen Beitrittspartnerschaft wurde deutlich, dass Europa sich Ankara angenähert hat und dass nicht die Kopenhagener Kriterien, sondern die Kriterien von Ankara gelten.

Mit diesem Dokument wurden die Vorschläge des Menschenrechtsvereins IHD und die Forderungen der Kurden bei Seite geschoben und eine starke Rücksicht auf die „Sensibilität“ der Türkei genommen. Es ist zugleich ein Zeugnis dafür, dass die EU ihre eigenen Werte nicht ernst nimmt. Es ist ein Beleg der Doppelmoral.

Die seit Tagen von türkischen Medien verbreiteten Berichte treffen zu, wonach das EU-Dokument zur türkischen Beitrittspartnerschaft keine „negativen Botschaften“, wie es der türkische Außenminister wörtlich formulierte, beinhaltet und darin nicht einmal die Wörter „Kurden“ und „Kurdisch“ auftauchen.

Dies bedeutet, dass Europa die Kurden zum zweiten Mal binnen zweier Jahre belogen und verraten hat. Das erste Mal geschah dies, als der Vorsitzende der PKK, Abdullah Öcalan, sich in Europa aufhielt und seine Bereitschaft zu einer friedlichen Lösung der Kurdenfrage erklärte. Bundeskanzler Schröder und der damalige italienische Ministerpräsident D'Alema sowie ihre Außenminister Fischer und Dini erklärten am 27. und 28. November 1998, dass sie eine „Europäische Initiative zur Lösung der Kurdenfrage“ starten werden. Dadurch wurden bei den Kurden große Hoffnungen geweckt. Anschließend jedoch wurde Öcalan aus Europa verjagt und an seine Gegner ausgeliefert. Auf die angekündigte Initiative warten die KurdInnen bis heute vergebens.

Die Europäische Union, die Türkei und die Kurden

Am Ende des vergangenen Jahrhunderts, beim EU-Gipfel in Helsinki am 10. Dezember 1999, wurde zwischen der EU und der Türkei ein neuer Prozess in Gang gesetzt, indem der Türkei der Status eines EU-Kandidaten erteilt wurde. Dabei, dass solch eine Beziehung überhaupt zustande gekommen ist und der Antrag der Türkei auf Mitgliedschaftskandidatur in der EU angenommen wurde, haben auch die Kurden eine positive Rolle gespielt und hierzu einen nicht zu unterschätzenden Beitrag geleistet.

Mittlerweile ist beinahe ein Jahr vergangen, und obwohl die Gespräche zwischen der EU und der Türkei sich immer mehr intensiviert haben, sind seitens der Türkei leider keinerlei ernsthafte Bemühungen erkennbar.

Wie eh und je ist auch heute die Kurdenfrage das Hauptproblem der Türkei, das auf keine Weise einer Lösung nähergebracht werden konnte. Ob in der Türkei die Demokratie mit all ihren Institutionen Fuß fassen kann, die Menschenrechte in ihrer vollen Bedeutung ver-

wirklicht werden können, die wirtschaftliche Notlage überwunden werden und das Land auf den Weg der Entwicklung und des Fortschritts gelangen kann, hängt von der demokratischen und gerechten Lösung der Kurdenfrage ab und ist eng hiermit verknüpft.

Die Kurdenfrage ist das Problem eines unterdrückten Volkes, das im Mittleren Osten, nach den Arabern, Türken und Persern, die viertgrößte Nation bildet und dem sogar seine Grundrechte verwehrt werden. Wenn eine Nation, wenn ein Individuum noch nicht einmal das Recht hat, sich zu äußern und artikulieren, wenn seine Sprache, seine Kultur und seine Geschichte per Gesetz verboten sind, so handelt es sich nicht um ein Problem, das mit polizeilichen Mitteln gelöst werden kann, sondern ein Problem der Gleichberechtigung bei den demokratischen Rechten und Freiheiten.

Im Oktober 1999 haben 60 Intellektuelle aus der ganzen Welt auf Initiative der türkisch- und kurdisch-stämmigen Schriftsteller Yasar Kemal, Mehmed Uzun, Ahmet Altan, Orhan Pamuk und Zülfü Livaneli, darunter auch Günter Grass, Costa Gavras, Harold Pinter, Ing-

mar Bergman, Arthur Miller und Elie Wiesel in Istanbul eine Pressekonferenz abgehalten und einen gemeinsamen Aufruf veröffentlicht. Diese 60 Intellektuellen haben als Gewissen der Welt mit folgenden Worten auf die offene Wunde hingewiesen: „Die Türkei muss endlich mit einem für die gesamte Welt und das neue Jahrhundert beispielhaften demokratischen Schritt die kurdische Frage lösen und ihre kurdisch-stämmigen Bürgern mit offenen Armen aufnehmen. Wir glauben, dass ein solcher demokratischer und zivilisierter Schritt die Türkei wirtschaftlich, sozial und kulturell sehr stärken und bereichern würde“. In Verbindung mit dieser Diagnose verlangten sie möglichst schnelle Abhilfe: „Bitte befreien Sie die Türkei von dieser Schande. (...) Versorgen Sie endlich diese soziale Wunde, die seit über 70 Jahren blutet“.

Ein Land, das foltert, das Menschenrechte verletzt, dessen Gefängnisse mit politisch Andersdenkenden überfüllt sind und es nicht einmal bereit ist, die Existenz und die Grundrechte von über 15 Millionen KurdInnen anzuerkennen, hat keinen Platz in Europa. Die Werte von Wertegemeinschaften wie der EU müssen endlich auch für Kurden gelten! Die EU-Gremien müssen vor der Unterzeichnung des Dokumentes zur türkischen Beitrittspartnerschaft Farbe bekennen, die Probleme beim Namen zu nennen und endlich beginnen, einen positiven Beitrag zur Demokratisierung des Landes und Lösung der Kurdenfrage zu leisten!

Wenn die Grundrechte eines Volkes von der internationalen Gemeinschaft wegen eigener Interessen immer wieder mit Füßen getreten werden, wenn man ständig mit den Gefühlen von über 15 Millionen Menschen spielt und ihre Hoffnungen enttäuscht, wenn andauernd für die Kurden andere Maßstäbe und Standards gelten als für andere, dann befürchten wir, dass auch die Geduld der Kurden eines Tages zu Ende geht.

Die Forderungen der Kurden zur Demokratisierung der Türkei und zur Lösung der Kurdenfrage finden Sie in der zum freien Abdruck beigefügten Deklaration „Die Europäische Union, die Türkei und die Kurden“. Die Deklaration von einem breiten Spektrum der in verschiedenen europäischen Ländern lebenden kurdischen Intellektuellen unterstützte und getragene Deklaration wurde im Vorfeld an die EU und an die Außenminister der EU-Mitgliedsländer verschickt und am 8. November im Rahmen einer Pressekonferenz in Brüssel der Öffentlichkeit vorgestellt. Darin finden sich die elementaren Grundrechte und -freiheiten des kurdischen Volkes wieder.

V.i.S.d.P.: Mehmet Sahin, Köln

Initiatoren: Mehmed Uzun, Ahmet Kahraman, Sivan Perwer, Nizamettin Aric, Remzi Kartal, Derwêş M. Ferho, Hüseyin Kartal, Mehmet Sahin

Bei der Verankerung von Demokratie, Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung und Menschenrechten in der Türkei kommt der EU, die diese als unverzichtbare Grundsätze betrachtet, eine historische Aufgabe zu. Die Erklärungen der EU-Verantwortlichen und insbesondere des für die EU-Erweiterung zuständigen



Am 21. November begann in Straßburg die Verhandlung über die Klage Öcalans gegen die Türkische Republik wegen Menschenrechtsverletzungen bei seiner Verhaftung und während des Prozesses, bei dem er zum Tode verurteilt wurde.

Kommissars Günter Verheugen, wonach „ein EU-Beitritt der Türkei nicht möglich ist, solange die Kurdenfrage nicht gelöst ist“ (Hürriyet, 9.3.00), sind von großer Bedeutung. Außerdem wird unsere Hoffnung hinsichtlich der Demokratisierung der Türkei verstärkt durch den Anfang September 2000 veröffentlichten EU-Bericht und die Tatsache, dass das Europäische Parlament in seiner Entscheidung über die Vergabe von MEDA-Hilfsgeldern die Bedingung aufgestellt hat, „dass durch die türkische Regierung die staatliche, rechtliche, politische, kulturelle und soziale Diskriminierung der kurdischen Bevölkerung beendet wird; die Vergabe der finanziellen Mittel der EU an die Türkei sollte daher an Schritte zur Lösung der Kurdenfrage in der Türkei und an besondere Anstrengungen zur Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Unterentwicklung in den von der kurdischen Bevölkerung bewohnten Regionen geknüpft werden.“

Es wäre nicht nur für die Türkei, sondern für alle Seiten das beste, wenn die Türkei während der Beitrittskandidatur zur EU das im Rahmen der Kopenhagener Kriterien aufgestellte Auflagenpaket vollständig und ohne Zeit zu verlieren erfüllt.

Als in den Mitgliedsländern der Europäischen Union lebende und in den Bereichen Literatur, Kultur, Kunst und Wissenschaft tätige Kurden haben wir versucht, unsere Vorschläge bezüglich der EU, der Türkei und der Kurden in ihren Grundzügen zusammenzustellen.

In einer Zeit, in der sich für die Türkei die Tore zur EU zu öffnen beginnen und sich die Verhandlungen zwischen den beiden Seiten intensivieren, sehen wir es als unsere Aufgabe an, mit einem bescheidenen Beitrag die geführten Diskussionen um Demokratisierung, Menschenrechte und -freiheiten zu unterstützen.

- Als erstes muss die Existenz des in der Türkei lebenden kurdischen Volkes vom türkischen Staat gesetzlich anerkannt

werden, und es müssen Schritte zur Beseitigung der Hindernisse für die Entfaltung der kurdischen Sprache, Kultur, Identität und des kulturellen Erbes eingeleitet werden.

- Der Ausnahmezustand sowie das System des Regionalgouvernements in den kurdischen Gebieten, die von demokratischen Kreisen und JuristInnen als undemokratisch bezeichnet werden, müssen aufgehoben werden. Das Dorfschützersystem, einer der Stützpfeiler des Kriegs in der Region, muss beseitigt und Kriegsorganisationen wie die Spezialeinheiten und die JITEM müssen aufgelöst werden.

- Die Menschen, die wegen des Bürgerkriegs ihre Siedlungsgebiete verlassen mussten oder vertrieben worden sind, müssen entschädigt und die Voraussetzungen für ihre Rückkehr geschaffen werden.

- Zur Entspannung der politischen Atmosphäre müssen zunächst alle intellektuellen, die wegen Art. 8 des Anti-Terror-Gesetzes und Art. 312 des türkischen Strafgesetzbuches inhaftiert sind, sowie die gefangenen DEP-Abgeordneten freigelassen werden.

- Um zu einer zivilisierten und demokratischen Lösung der Kurdenfrage zu gelangen, müssen Bedingungen für eine freie Diskussion geschaffen werden, an der alle gesellschaftlichen Schichten teilnehmen können; alle gesetzlichen Hindernisse, die der Presse-, Meinungs- und Organisationsfreiheit entgegenstehen, müssen aufgehoben werden.

- Das Zusatzprotokoll 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention muss unterzeichnet und somit die Todesstrafe abgeschafft werden; die undemokratischen Staatssicherheitsgerichte müssen aufgelöst werden.

- Durch eine Generalamnestie müssen alle politischen Gefangenen freigelassen werden; für die Eingliederung in das gesellschaftliche Leben müssen besondere Maßnahmen ergriffen werden; ferner müssen die Voraussetzungen für die

Rückkehr der ausgebürgerten und der zur Flucht ins Ausland gezwungenen Menschen geschaffen und ihnen all ihre politischen Rechte wieder zuerkannt werden.

- Das Verbot von kurdischen Organisationen und Parteien muss aufgehoben und das Recht kurdischer Parteien, sich frei zu organisieren, anerkannt werden.

- Es müssen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die kurdische Sprache in allen Bereichen des Lebens einschließlich Bildung, Ausbildung, Presse und Publikationen frei verwendet werden kann. Zur freien Entfaltung der kurdischen Sprache und Kultur müssen kurdischsprachige Rundfunk- und Fernsehsendungen eingeführt und kurdischsprachige Presseerzeugnisse ungehindert zugelassen werden. Den Kurden muss das Recht zuerkannt werden, ihre Gebräuche und Traditionen frei zu leben; die geänderten Orts- und Landschaftsnamen müssen wieder in ihrer ursprünglichen kurdischen Form zugelassen werden; wer es wünscht, muss seinem Kind einen kurdischen Namen geben dürfen.

- Wie bereits der heutige Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer sowie der Vorsitzende des Kassationshofes Sami Selçuk vorgeschlagen haben, muss anstelle der undemokratischen Verfassung, deren „Legitimation beinahe gegen Null geht“ und die „einer Polizeisatzung ähnelt“ (S. Selçuk) eine demokratische Verfassung ausgearbeitet werden. Dabei muss die multikulturelle Struktur der Türkei berücksichtigt und die Existenz des kurdischen Volkes und der anderen Volksgruppen sowie der religiösen Minderheiten anerkannt werden; ihre Rechte sind verfassungsmäßig zu garantieren.

- Bezogen auf die kurdischen Siedlungsgebiete müssen wirtschaftliche Entwicklungsprojekte und -investitionen eingeführt werden, die Grenzregionen müssen entmint und diese Ländereien an bedürftige Bauern verteilt werden. Kurdische Bauern, die von der Landwirtschaft und Viehzucht leben, müssen finanziell unterstützt werden; der Grenzhandel darf nicht behindert werden.

- Die kommunalen Verwaltungen müssen gestärkt und die Schulden der Gemeinden, die unmittelbar durch die Kämpfe und den Kriegszustand betroffen waren, erlassen werden; diese Gemeinden müssen bevorzugt aus Sonderfonds und mit anderen vom Haushalt abgezweigten Mitteln unterstützt werden.

- Die heutige undemokratische Struktur des Nationalen Sicherheitsrats muss beseitigt und entsprechend den Beispielen aus demokratischen Ländern verändert bzw. angepasst werden.

Wenn in den oben kurz skizzierten Bereichen demokratische Schritte eingeleitet und die notwendigen gesetzlichen Regelungen durchgeführt werden, wird die Türkei von ihrer Schande befreit und das soziale Leben vielfältiger, dynamischer und reicher werden.

- Die Europäische Union muss die not-

wendige Sensibilität und Entschlossenheit zeigen, damit die Türkei sich demokratisiert, die Kurden die ihnen zustehenden Rechte erhalten und die Region untrennbar mit der demokratischen Welt vereint wird; und die EU muss in all diesen Bereichen aktiv dabei mithelfen. Im Verlauf der Beitrittskandidatur muss die EU bezüglich dieser Themen mit den Kurden in einem ständigen und regelmäßigen Kontakt stehen, und bei der Lösung der Probleme müssen auch ihre Meinungen und Vorschläge eingeholt werden.

- Andererseits muss die EU auch konkrete Schritte zur Gleichstellung der in den europäischen Ländern lebenden über eine Million Kurden mit den anderen Migrantengruppen einleiten. In Punkt 25 einer Entschließung vom 12. Juni 1992 forderte das Europäische Parlament die Mitgliedsstaaten auf, „den kurdischen Immigrantinnen und Immigranten in der Gemeinschaft ihre kulturellen Rechte zu gewähren, ihre Sprache zu fördern, Radio- und Fernsehsendungen in kurdischer Sprache zu ermöglichen“. Für die Umsetzung solcher Rechte müssen umgehend Bemühungen unternommen werden.

- Um die Entwicklungen während der Dauer der Beitrittskandidatur vor Ort zu verfolgen und zu koordinieren, soll auch in Diyarbakir ein Büro eröffnet werden.

- Die auf Initiative der EU am 27. und 28. November 1998 vom deutschen Bundeskanzler Schröder und dem damaligen italienischen Ministerpräsidenten D'Alema sowie ihren Außenministern Fischer und Dini vorgeschlagene „Europäische Initiative zur Lösung der Kurdenfrage“ muss zwei Jahre danach endlich in die Tat umgesetzt werden. Die EU muss die Vorreiterrolle bei der Einberufung der in einer Entschließung des Europäischen Parlaments vom 3. Dezember 1999 erwähnten „Kurdenkonferenz“ übernehmen.

Wir bekunden hiermit, dass wir bereit sind, bei der detaillierten Ausgestaltung und auch bei der Umsetzung der oben in groben Zügen dargestellten Forderungen alle uns zufallenden Aufgaben zu übernehmen. Außerdem möchten wir nochmals die lebenswichtige Bedeutung der Beachtung der Grundrechte des kurdischen Volkes beim EU-Prozess betonen.

Auf Einladung von Mehmed Uzun (Schriftsteller), Ahmet Kahraman (Journalist, Schriftsteller), Sivan Perwer (Künstler), Nizamettin Ariç (Künstler, Schauspieler), Remzi Kartal (Ehem. DEP-Abgeordnete), Derwës M. Ferho (Schriftsteller), Hüseyin Kartal (Schriftsteller) und Mehmet Sahin (Menschenrechts- und Friedensaktivist) unterstützen folgende Personen die obige Deklaration: Abdulkadir Konuk (Schriftsteller, Journalist); Abdullah Demirkapi (Künstler); Abdullah Uzun (Schriftsteller); Ahmet Alim (Schriftsteller); Ahmet Karatas (Politiker); Ali Yalçın (Politiker); Ali Yigit (Ehem. DEP-Abgeordnete); Amed Demirhan (Schriftsteller, Journalist); Anter Anter (Politiker); Aziz Kosgin (Friedensaktivist); Bedirhan Epözdemir (Schriftsteller); Beser Sahin (Künstlerin); Brader Mûsiki (Künstler); Burhan Elturan (Schriftsteller); Burhan Karadeniz (Journalist);

Cahit Merwan (Journalist); Emekçi Bender (Künstler); Erdal Gezik (Historiker, Schriftsteller); Eyüp Burç (Journalist); F. Melik Aykoç (Schriftsteller); Dr. Fahrettin Adsay (Arzt, Menschenrechtler); Dr. Faik Savas (Politiker); Feleknas Uca (MdEP); Felemez Basboga (Politiker); Ferda Çetin (Journalist); Fevzi Özmen (Betriebswirt); Giyasettin Sayan (Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin); Prof. Dr. Hacı Akman (Ethnologe, Universitär Bergen/Norwegen); Hamdullah Kansiray (Jurist); Hanefi Celepli (Politiker); Hasan Bildirici (Journalist, Schriftsteller); Hasan Sezgin (Lehrer); Hasan Taskale (Lehrer, Dichter); Haydar Diljen (Lehrer, Schriftsteller); Haydar Isik (Schriftsteller); Hêlin Evrim Baba (Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin); Hikmet Serbilind (Politiker); Hüsamettin Aslan (Lehrer); Imam Kiliç (Journalist); Kazim Baba (Lehrer, Politiker); Kemal Astare (Schriftsteller); Kemal Görgü (Schauspieler); Kerim Yildiz (Menschenrechtler); Lokman Polat (Schriftsteller); Mahmud Lewendi (Schriftsteller); Masallah Öztürk (Politi-

tiker); Medeni Ferho (Journalist, Schriftsteller); Mehmet Seker (Lehrer, Schriftsteller); Mehmet Tanriverdi (Menschenrechtler); Memo Yetkin (Lehrer); Mesut Uysal (Rechtsanwalt); Musa Aksoy (Maler); Musa Kaval (Jurist); Mustafa Demir (Rechtsanwalt); Mûrad Ciwan (Schriftsteller); Nejdettin Buldan (Politiker, Schriftsteller); Nizamettin Toguç (ehem. DEP-Abgeordnete); Nuh Ates (Schriftsteller); Ökkes Ünlübayir (Journalist); Prof. Dr. Rasit Tepe (Physiker, Technische Universität Berlin); Rıza Baran (Lehrer, Politiker); Rıza Erdogan (Journalist); Rojan Hazim (Schriftsteller, Journalist); Sabri Agir (Journalist, Schriftsteller); Salih Sahin (Rechtsanwalt); Selim Firat (Schriftsteller); Seyit Ali Bayrak (Künstler); Süleyman Danisman (Maler); Dr. Süleyman Ergün (Arzt); Serafettin Kaya (Rechtsanwalt); Séxo Kartal (Künstler); Sükrü Alkan (Sprachwissenschaftler); Sükrü Yildiz (Journalist, Schriftsteller); Xemgin Birhat (Künstler); Zinarê Xamo (Schriftsteller); Zübeyr Aydar (ehem. DEP-Abgeordnete)

Die Wehrmacht war eine verbrecherische Organisation – Bericht der Unabhängigen Kommission

Die Kernaussagen der Wehrmachtsausstellung sind richtig

Auf der Internet-Seite des Friedensratschlages findet sich die Zusammenfassung des Berichtes der Unabhängigen Kommission über die Wehrmachtsausstellung.

Nicht die Kritik rechtsgerichteter Politiker (insbesondere aus CDU/CSU-Kreisen) und organisierter Wehrmachts- und Nazi-Bewunderer haben Philipp Reemtsma 1999 dazu veranlasst, die aufsehenerregende „Wehrmachtsausstellung“ vorübergehend zurückzuziehen und von einer unabhängigen wissenschaftlichen Kommission begutachten zu lassen. Anlass dazu war vielmehr die wissenschaftliche Kritik an einzelnen Aussagen und am präsentierten Bildmaterial. So war etwa festgestellt worden, dass einige Bilder (von vielen Hunderten von Fotos) nicht richtig zugeordnet oder falsch interpretiert wurden.

Am 15. November legte die Kommission zur Überprüfung der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht, 1941 bis 1944“ ihren Bericht vor. Mitglieder der Kommission waren die Wissenschaftler Omer Bartov, Cornelia Brink, Gerhard Hirschfeld, Friedrich P. Kahlenberg, Manfred Messerschmidt, Reinhard Rürup, Christian Streit und Hans-Ulrich Thamer.

Wir dokumentieren im Folgenden aus der Zusammenfassung des 100-seitigen Berichts die wichtigsten Teile, die sich inhaltlich mit den Kernaussagen der Wehrmachtsausstellung befassen.

Zusammenfassung: Bewertung der Kernaussagen der Ausstellung

Die im „Prolog“ der Ausstellung formulierte pauschale Kritik an der „deutschen Militärgeschichtsschreibung“, die zwar

viel zur Aufklärung über den „Vernichtungskrieg gegen Juden, Kriegsgefangene und Zivilbevölkerung“ beigetragen habe, sich aber weigere, „einzugestehen, dass die Wehrmacht an allen diesen Verbrechen aktiv und als Gesamtorganisation beteiligt war“, ist offensichtlich überzogen. Das gilt auch für den Anspruch, mit der Ausstellung erstmalig in der Öffentlichkeit die „Legende von der ‚sauberen Wehrmacht‘“ als eine Geschichtsklitterung zu entlarven.

Der ebenfalls im „Prolog“ ausgesprochenen Absicht, „kein verspätetes und pauschales Urteil über eine ganze Generation ehemaliger Soldaten zu fällen“, wird die Ausstellung auf Grund fehlender Differenzierungen nicht gerecht. Sie erweckt vielmehr durch die Art der Präsentation der Bild- und Textdokumente den Eindruck, dass die dargestellten Verbrechen den Angehörigen der Wehrmacht mehr oder weniger unterschiedslos zuzurechnen seien.

Die Tatsache, dass die Verbrechen in der Sowjetunion von SS, Polizei, Wehrmacht und einheimischen Hilfskräften arbeitsteilig verübt wurden, wird von der Ausstellung nicht hinreichend herausgearbeitet. Dadurch werden die vielfältigen Abstufungen zwischen den von Wehrmachtangehörigen unmittelbar begangenen Verbrechen und solchen Verbrechen, die mit dem Wissen oder der Hilfeleistung militärischer Einheiten, also in jedem Falle unter der Verantwortung von Teilen der Wehrmacht verübt wurden, verwischt. Die in der Ausstellung präsentierten Verbrechen der Wehrmacht werden dadurch unzulässig isoliert.

Dennoch bleiben die Grundaussagen der Ausstellung über die in der Sowjetunion verübten Verbrechen und über die

teils aktive, teils passive Beteiligung der Wehrmacht an ihnen in der Sache richtig. Die Ausstellung bewegt sich in dieser Hinsicht auf dem internationalen Forschungsstand, der seit den sechziger Jahren allmählich erreicht und in den neueren und neuesten wissenschaftlichen Veröffentlichungen immer wieder bestätigt worden ist.

Zutreffend sind insbesondere die Aussagen über die in der Wehrmachtführung, aber auch in der Truppe weit verbreiteten Vorstellungen vom „jüdischen Bolschewismus“, dem „Weltfeind Nr. 1“ und dem „Kampf auf Leben und Tod“. Große Teile der an der „Ostfront“ eingesetzten Truppen waren so hochgradig ideologisiert, dass die an anderen Fronten selbstverständlichen Standards der Kriegsführung hier nicht respektiert wurden.

Nicht zu bestreiten sind die verbrecherischen Grundsatzentscheidungen und Befehle der Wehrmachtführung, die von der Einräumung von Sonderrechten für Himmlers Mordkommandos über den „Kommissarbefehl“ und den „Kriegsgerichtsbarkeitserlass“ bis zu den Armeebefehlen reichten, die um Verständnis für den als „gerechte Sühne“ bezeichneten Mord an den Juden warben. Die Behauptung, die Wehrmacht habe stets „Distanz zu Hitler und dem NS-Regime“ gehalten und „mit Anstand und Würde“ lediglich „ihre soldatische Pflicht erfüllt“, wird deshalb von der Ausstellung mit guten Gründen zurückgewiesen.

Richtig bleibt auch die Feststellung, dass von Anfang an die Spuren verwischt und die Erinnerung an die Verbrechen unterdrückt wurden. In diesem Punkt trafen sich die Interessen der Generäle, die in den fünfziger Jahren ihre Memoi-

ren veröffentlichten, mit denen der einfachen Soldaten, die sich von der SS und dem NS-Vernichtungsapparat distanzierten, um ihr eigenes Verhalten in einem umso freundlicheren Licht erscheinen zu lassen.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Kernaussagen der Ausstellung, an denen sich die emotionale und politische Kritik und Polemik entzündet hat, in ihrer Substanz dem internationalen Forschungsstand entsprechen. Durch fehlende Differenzierungen und ungerechtfertigte Pauschalisierungen hat die Ausstellung jedoch nicht nur Missverständnisse ausgelöst, sondern auch dazu beigetragen, dass es den Gegnern der Ausstellung möglich war, zumindest teilweise erfolgreiche Ablenkungsmanöver zu starten. Es erscheint deshalb notwendig, die Ausstellung auch unter diesem Gesichtspunkt gründlich zu überarbeiten oder neu zu konzipieren.

Bewertung der gegen die Sachaussagen erhobenen Vorwürfe

Die Ausstellung hat versucht, den im Osten und Südosten geführten Krieg ausschnittshaft in den Blick zu rücken (Weißrussland, 6. Armee, Serbien 1941). Sie hat mit diesem Verfahren wichtige Zusammenhänge „verdichtet“, andere aber vernachlässigt, wie zum Beispiel die unterschiedlichen deutschen Zielsetzungen im Osten und Südosten Europas. Die Kritik an den Sachthemen der Ausstellung galt insbesondere zwei Komplexen: den in der Ausstellung „unterschlagenen“ Morden des NKWD sowie dem „Partisanenkrieg“ in der Sowjetunion.

Die Kritiker haben bemängelt, dass die vom sowjetischen NKWD (in Tarnopol

und Zloczow) begangenen Verbrechen in der Ausstellung nicht erwähnt (bzw. dokumentiert) worden sind. Diese Kritik ist berechtigt. Die Ausstellung hätte die Massenmorde des NKWD als einen Teil der Vorgeschichte der Pogrome im Juli 1941 in die Darstellung einbeziehen müssen.

Im Grundsätzlichen aber überziehen die Kritiker ihre Kritik. Sie ignorieren vor allem die sehr wesentliche Rolle, die die Wehrmacht in der Entwicklung des Genozids an den Juden im Osten spielte. Sie isolieren ihre Sichtweise auf die konkreten Täter, ohne danach zu fragen, unter welchen Voraussetzungen diese morden konnten und wie diese Voraussetzungen geschaffen wurden. Sie tun dies nicht zuletzt deswegen, weil sie Ausmaß und Entwicklung der Kooperation zwischen Wehrmachtseinheiten und SS-Stellen nicht richtig einzuschätzen vermögen.

Aber auch die Autoren der Ausstellung haben die Zusammenarbeit auf den verschiedenen Ebenen der Wehrmacht mit den Dienststellen von SS und Polizei sowie, in den Reichskommissariaten, den Organen der Zivilverwaltung nicht immer hinreichend dargestellt. Allerdings ist hierbei anzumerken, dass wichtige Forschungsergebnisse zu diesem Netzwerk des Vernichtungskrieges erst in den letzten Jahren (also nach Ausstellungsbeginn 1995) veröffentlicht wurden.

In Bezug auf den Partisanenkrieg blenden die Kritiker die Entscheidung der deutschen Führung, den Krieg gegen die Sowjetunion von Anbeginn an außerhalb der kriegsvölkerrechtlichen Normen und Verpflichtungen zu führen, nahezu völlig aus. Sie sehen in den deutschen Methoden der Partisanenbekämpfung

entweder eine Reaktion auf einen verbrecherisch geführten Partisanenkrieg der sowjetischen Seite oder verweisen auf das „arbeits-teilige“ Vorgehen von Wehrmacht und Einsatzgruppen. Dabei nehmen sie den Begriff „Partisanen“ in den deutschen Dokumenten in der Regel wörtlich, ohne beispielsweise zu berücksichtigen, in welchem Maße die deutsche Seite auch zum Teil völlig unbeteiligte Personen als „Partisanen“ oder „Partisanenhelfer“ definierte und in ihren Erfolgsmeldungen kategorisierte. Dies führt dazu, dass die Kritiker die bestehenden engen Zusammenhänge zwischen der „Partisanenbekämpfung“ und dem Mord an den Juden nicht wahrnehmen und auch nicht erkennen, in welchem Maße die Partisanenangst der Truppe zur Radikalisierung des Krieges beitrug und für die Ausrottungspolitik instrumentalisiert wurde. (...)

Schlussfolgerungen

Die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“ ist im Rahmen der anhaltenden öffentlichen Ausein-



andersetzung und auf Grund des der Kommission erteilten Überprüfungsauftrags sowohl hinsichtlich ihrer inhaltlichen Aussagen als auch hinsichtlich des verwendeten Materials so intensiv durchleuchtet worden, wie das bisher mit keiner anderen zeitgeschichtlichen Ausstellung geschehen ist.

Die Überprüfung der Ausstellung hat zu der Erkenntnis geführt, dass die öffentlich geäußerte Kritik zumindest in Teilen berechtigt ist. Die Ausstellung enthält 1. sachliche Fehler, 2. Ungenauigkeiten und Flüchtigkeiten bei der Verwendung des Materials und 3. vor allem durch die Art der Präsentation allzu pauschale und suggestive Aussagen.

Die Ausstellung enthält jedoch keine Fälschungen im Sinne der leitenden Fragestellungen und Thesen. Die Überprüfung der verwendeten Bild- und Textdokumente in den benutzten Archiven hat zwar manche Ungenauigkeiten und in einigen Fällen auch falsche Zuschreibungen zu Tage gefördert, insgesamt aber die Intensität und Seriosität der von den Ausstellungsautoren geleisteten Quellenarbeit bestätigt.

Die Ausstellung argumentiert teilweise zu pauschal und unzulässig verallgemeinernd. Auf diese Weise und durch die Art der Präsentation hat sie dazu beigetragen, dass sie nicht als eine Ausstellung über die Besonderheiten des in der Sowjetunion geführten Vernichtungskrieges, sondern als eine Ausstellung über „die“ Wehrmacht – eben als „Wehrmachtsausstellung“ – rezipiert worden ist.

Dessen ungeachtet bleiben die Grundaussagen der Ausstellung über die Wehrmacht und den im „Osten“ geführten Vernichtungskrieg der Sache nach richtig. Es ist unbestreitbar, dass sich die Wehrmacht in der Sowjetunion in den an den Juden verübten Völkermord, in die Verbrechen an den sowjetischen Kriegsgefangenen und in den Kampf gegen die Zivilbevölkerung nicht nur „verstrickte“, sondern dass sie an diesen Verbrechen teils führend, teils unterstützend beteiligt war. Dabei handelte es sich nicht um vereinzelte „Übergriffe“ oder „Exzesse“, sondern um Handlungen, die auf Entscheidungen der obersten militärischen Führung und der Truppenführer an der Front und hinter der Front beruhten.

Das Glaubwürdigkeitsproblem der Ausstellung resultiert weniger aus einzelnen nachweisbaren Fehlern und Flüchtigkeiten als vielmehr aus dem überheblichen und unprofessionellen Umgang der Ausstellungsmacher mit der an der Ausstellung geübten Kritik. Dabei ist einzuräumen, dass zwischen bloßer Polemik und seriöser Fachkritik nicht immer leicht zu unterscheiden war. Doch ist nicht zu erkennen, dass man sich um diese Unterscheidung rechtzeitig und ernsthaft genug bemüht hätte. Erst dadurch entstand eine Situation, in der die berechtigte Kritik an einigen Fotos eine so tiefgreifende Krise auslöste, dass ein

„Moratorium“ unvermeidlich wurde.

Aus den hier genannten Gründen empfiehlt die Kommission, die Ausstellung in einer gründlich überarbeiteten, ggf. auch neu zu gestaltenden Form weiter zu präsentieren. Dabei müssen die Hauptaussagen über die Wehrmacht und den Vernichtungskrieg im „Osten“ nicht verändert, wohl aber gegen Missverständnisse geschützt werden. Erforderlich ist darüber hinaus ein sorgfältiger Umgang mit den überlieferten Dokumenten, und hier insbesondere mit den Fotos. Auch sollte die Argumentation der Ausstellung weniger durch den Gestus der Staatsanwaltschaft als durch die Theorie und Methodologie der Geschichtswissenschaft geprägt sein. Die Ausstellung sollte ihr Material präsentieren, aber die Schlussfolgerungen so weit wie möglich den Besuchern überlassen.

Wünschenswert ist, dass bei einer Neufassung der Ausstellung die vorherrschende Täterperspektive zumindest beispielhaft durch die Perspektive der Opfer ergänzt wird, so dass die Verbrechen auch aus der Sicht und Erfahrungswelt derjenigen, gegen die sie verübt wurden, sichtbar werden.

Die Ausstellung war, wie die öffentlichen Auseinandersetzungen gezeigt haben, sinnvoll und nötig. Sie kann auch in den kommenden Jahren – in einer Fassung, die der Kritik, neueren Forschungsergebnissen und den die Ausstellung begleitenden Diskussionen Rechnung trägt – einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der historisch-politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland leisten. <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Bundeswehr/wehrmacht.html>

Italienische Mordkomplott

Besprechung von Franz—Karl Hitz

Aldo Moro, Vorsitzender der Democrazia Cristiana, wurde am 16. März 1978 am helllichten Tage in den Straßen von Rom entführt. Geleitet wurde dieser Terrorakt von Mario Moretti, dem Führer der angeblich linksextremistischen Brigate Rosse. 55 Tage nach der Entführung wurde Moro ermordet. Viele Bücher, Gutachten, Expertisen und Presseartikel sind in den letzten Jahren über diesen Akt politischer Barbarei geschrieben worden. Jetzt hat Dr. Gerhard Feldbauer, ein prominenter deutscher Journalist ein neues Buch aus linker Sicht hinzugefügt. Der Autor geht davon aus, dass der politische Hintergrund weit verzweigt ist. Wenige Tage vor der Entführung hatte Moro mit dem damaligen KPI—Generalsekretär Enrico Berlinguer einen historischen Kompromiss unterzeichnet. Dieser *Compromesso storico* wurde durch ein Regierungsabkommen verkörpert. Er beinhal-

tete die parlamentarische Unterstützung der KPI für die christdemokratisch geführte italienische Regierung. Die Brigate Rosse war ein entschiedener Gegner des *Compromesso*.

Feldbauer verfolgt die Spuren der Ermittler dieser Entführung und des Mordes an Moro, die zeitaufwändige Arbeit von Untersuchungsrichtern, Staatsanwälten, Polizeipräfekten, Journalisten und die im Hintergrund agierenden Geheimdienste. Der CIA wird nicht ausgespart wie auch nicht die von ihr geführte NATO-Truppe Gladio. Feldbauer entlarvt das Beziehungsgeflecht von Mafia, Geheimdiensten, Wirtschaftskreisen und Vatikan. Dabei verwendet er zahlreichen Quellen, Bücher von politischen Publizisten, Analytikern, Berichte von Enthüllungsjournalisten, wie die eines gewissen Mino Pecorelli, der im Geheimdienstmilieu operierte. Auch Sergio Flamigni wird erwähnt, der aus langjähriger Arbeit in der Moro—Kommission des italienischen Parlaments in bisher fünf Büchern eine Fülle von Fakten und Beweisen ausgewertet hat. „Seine Publikationen belegen, dass amerikanische und italienische Geheimdienste und höchste Staatskreise das Komplott gegen Moro inszenierten“, schreibt Gerhard Feldbauer.

Als profilierter Beobachter der italienischen Gesellschaft belegt er, dass der Tod von Aldo Moro noch viele weitere Morde nach sich zog. Opfer waren Politiker, Ermittler und Journalisten, die dem Beziehungsgeflecht von Politik und Wirtschaft zu nahe gekommen waren. Genannt werden z.B. General Dalla Chiesa, Boris Giuliano (1979, stellvertretender Polizeichef von Palermo), Polizeihauptmann Emanuele Basile (1980), KPI—Parlamentarier Pia La Torre (1982), Giovanni Falcone (1992) und und und. Man könnte meinen, Italien sei eine Hochburg politischer Morde, zumal diese Szenerie oft mit solchen Namen wie die des siebenmaligen Premiers Andreotti, oder Craxi, Berlusconi, D'Alema, dem AN—Chef Fini in Zusammenhang gebracht werden. Aber nicht nur die neofaschistische Gefahr Italiens wird thematisiert. Feldbauer geht bis in die Gegenwart und belegt, dass in Italien wie in keinem anderen Teilnehmerland der NATO sich eine mächtige Antikriegsbewegung formiert hat. Im Frühjahr 1999 haben in Rom an zwei mächtigen Kundgebungen, die die *Rifondazione Comunista* organisierte, nahezu 300000 Menschen teilgenommen, die gegen die Teilnahme Italiens an der NATO—Aggression gegen Jugoslawien protestierten. Feldbauer resümiert: „Der Versuch einer Neuaufgabe der Spannungsstrategie unter dem Etikett neuer BR stößt jedoch auf bedeutend stärkeren Widerstand als in den 70er Jahren.“

Gerhard Feldbauer: Agenten, Terror, Staatskomplott. Der Mord an Aldo Moro, Rote Brigaden und CIA. PapyRossa—Verlag, Köln, 2000, br. 222 Seiten, 28 DM

8. November - 21. Januar Köln: Ausstellung „Wessen Freund und wessen Helfer“ Die Polizei in der NS-Zeit am Beispiel Kölns, Öff-zeiten: Di-Fr 10-16 Uhr, Sa+So 11-16 Uhr, Eintritt: 5,-/2,- DM, EL-DE-Haus. Kontakt: NS-Dokumentationszentrum EL-DE-Haus, Appelhofplatz 23-25, 50667 Köln, Tel.: 0221/221-26336, Fax: 0221/221-24154. E-Mail: nsdok@netcologne.de Internet: <http://www.museenkoeln.de/ns-dok>

25. November, Fulda: Politische Ökonomie heute, 4. Kurstag, Beginn 10.30 Uhr, DGB-Jugendbildungsstätte Fulda, Magdeburger Str. 69. Thema: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.

30. November - 2. Dezember, Bonn: Internationaler Kongress „Opfer der Apartheid - Entschädigung jetzt und nicht erst in 50 Jahren“, Tagungsort: CJD Bonn, Graurheindorferstr. 149. Kontakt: Afrika - Süd Aktionbündnis (AAB) Geschäftsstelle, Ralf Berger, Blücherstr. 14, 53115 Bonn, Tel.: 0228/211355, Fax: 0228/2499920. E-Mail: afrika-bonn@t-online.de

2./3. Dezember, Kassel: 7. Friedensratschlag in Kassel: „Die Politik zivilisieren!“, Sa. ab 12 Uhr bis So. 14 Uhr, u.a. (So 12 Uhr) Podiumsdiskussion „Den Krieg ächten - für den Frieden werben“ mit Sybille Stamm (Vorsitzende IG Medien Baden-Württ.), Christiane Lammers (Geschäftsführerin der AFK), Annelie Buntenbach (MdB, B90/Grüne), Sylvia-Yvonne Kaufmann, (MdB, PDS), Dr. Silke Reinecke (Göttinger Friedensbündnis); Mod.: Ellen Diederich, Tagungsort: Universität GHS Kassel, Standort Wilhelmshöher Allee 73, gesamtes Programm <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/rat/2000/programm.html>. Kontakt: Friedensratschlag c/o DGB-Kreis Kassel, Spohrstr. 6, 34117 Kassel, Tel.: 0561/72095-0, Fax: 0561/7209533. E-Mail: strutype@hrz.uni-kassel.de Internet: <http://www.friedensratschlag.de>

2.-3. Dezember, Paris: Europäische Versammlung der Erwerbslosen und ungeschützt Beschäftigten (Evt. anschließend: gemeinsame Initiative mit den UnterstützerInnen des Aufrufs Bourdie, der französischen Liga für Menschenrechte u.a. zu den sozialen Grundrechten. Großes Rockkonzert)

7./8. Dezember, Nizza (F): EU-Gipfel in Nizza, Thema: EU-Reform (u.a. Stimmengewichtung im Rat, Größe der Kommission, qualifizierte Mehrheit [<http://www.france.diplomatie.gouv.fr/europe/>]) und Demonstration (7.12.) dagegen Motto: „Auf nach Nizza“ [<http://www.labournet.de/termine/nizza.html>] der Euromärsche [<http://www.euromarches.org/>], (08.12.)

Linke Winterschule 2001

4.-7. Januar in Sondershausen, Thüringen

Wie seit vielen Jahren führt die Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung in und bei der PDS auch in diesem Winter die Linke Schule durch, erneut mit drei Kursangeboten.

AG Geschichte

Sozialistische Demokratie oder Diktatur des Proletariats. Versuch einer Auseinandersetzung an den Beispielen Kronstadt 1921 und Märzaktion der KPD

AG Philosophie

Auseinandersetzung mit der „Künstlichen Intelligenz“. Einige Stichworte dieser Auseinandersetzung: Ewiges Leben? Was ist der Mensch - Entwicklung des Menschenbildes. Naturwissenschaft und Ethik. Kritik des „Imperialismus der instrumentellen Vernunft“ (Weizenbaum).

AG Wirtschaft

Standorttheorien

Eine ausführliche Beschreibung der Kurse in der nächsten Ausgabe der Politischen Berichte und Ende November als Faltblatt.

Anmeldung für die Winterschule und Bestellung des Faltblattes bei: Christiane Schneider, GNN-Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg (s. Impressum S. 2)

Die Linke Winterschule findet wieder statt in **Sondershausen, Jugendwohnheim Juventas, Güntherstr. 26/27.**

Die Preise für die Unterkunft liegen bei DM 25 bzw. 30 für Doppelzimmer, DM 40 für Einzelzimmer pro Tag und Person, die Vollverpflegung kostet DM 30/Tag.

„Besetzung der Stadt“, weitere infos auch <http://www.attac.org/nice2000/index.html> Kontakt: Bundeskoordination Euromärsche c/o IG Medien, Dudenstr. 10, 10965 Berlin, Tel. (über SoZ Köln): 0221/9231196, Fax: 0221/9231197. E-Mail: soz@link-lev.dinoco.de Internet: <http://www.euromarches.org/deutsch/index.htm>

9./10.12., Leverkusen: Wochenendseminar „Wie kommt der Militarismus in die Köpfe?“ Themen/AGs: - Was ist der Militärisch-Industrielle-Komplex heute? Wie funktioniert MIK? mit Winfried Wolf (MdB PDS); - Wie ist das Verhältnis von Bundeswehr und Neofaschismus? mit Gerd Deumlich (Redakteur der „Marxistischen Blätter“); - Welche Denkfabriken für Militärstrategien gibt es und wo sind Schnittstellen zu Denkfabriken der Neofaschisten? mit Landesneofaschismuskommission NRW; - Über welches Netz an Publikationen, Verlagen und Medienagenturen verfügt der Militärisch-Industrielle Komplex? mit Uli Sander (VVN-BdA); - Die Zeitschrift „Europäische Wehrkunde“ mit Thomas Müller (Autor Jungle World); - Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge, Volkstrauertag und Totensonntag: Aktivposten der Militarisierung mit Kurt Heiler (VVN-BdA Aachen), VA: VVN-BdA Kommission Neofaschismus, Hartmut-Meyer-Archiv Kontakt: Landesverband NRW e.V. der VVN-BdA, Gathe 55, 42107 Wuppertal, Tel.: 0202/450629, Fax: 0202/450629. Internet: <http://www.vvn-bda.de/nrw>

9. Dezember, Hannover: Umbau statt Abbau - Beiträge für eine moderne Sozialpolitik. 10.00 bis 18.00 Uhr, Hannover, Pavillon, Lister Meile 4, Forum zum Wandel der Arbeitsgesellschaft und den Folgen für den Sozialstaat, u.a. mit Hans-Jürgen Urban, Benjamin Mikfeld, Axel Gerntke, Felix Welti, Andrea Nahles. Infos/Anmeldung: Juso LV Niedersachsen, Odeonstr. 15/16, 30159 Hannover; e-mail: ulf-birger.franz@hks13.de; www.hks13.de

Arbeitsgemeinschaft Politische Berichte und Setkání – Treffen deutscher und tschechischer Linker laden ein :

Autorentreffen am Samstag, den 2. Dezember, in Berlin Beginn 10 Uhr – Ende 16 Uhr

Anmeldung: Politische Berichte – Martin Fochler c/o GNN-Verlag, Tel. 0711-624701, Fax: 0711-621532. E-Mail: mfochler@gnn-verlage.de. Deutsch-Tschechische Nachrichten – Renate Hennecke 089-507925. Fax: 089-5028112. E-Mail: Renate.Hennecke@munich.netsurf.de

Die Arbeitstagung soll den Autorinnen und Autoren, die sich in den letzten Jahren in den *Deutsch-Tschechischen Nachrichten* bzw. den *Politischen Berichten* mit der Expansion der Westmächte in den Europäischen Osten befasst haben, eine Gelegenheit bieten, im nächsten Jahr anstehende Arbeitsvorhaben vorzustellen und gegebenenfalls aufeinander abzustimmen.

Es werden Beiträge vorbereitet, die sich mit der Konzeption der Angliederung der Volkswirtschaften der Länder im östlichen Europa und der Unterwerfung dieser Gesellschaften unter die strategischen Interessen der Westmächte auseinandersetzen unter den Gesichtspunkten der

- materiell stofflichen Seite mit dem Schwerpunkt Energiewirtschaft
- finanzwirtschaftlichen Seite IWF/Weltbank/Kreditwesen/
- der politischen Seite, Herrschaftsarchitektur Eu/Nato

Anmeldung ist nötig. Es können private Unterkünfte vermittelt werden. Fahrkostenzuschüsse sind möglich.